

Volkswoch

für Schlessen - Organ für die werktätige Br

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
EINIGKEIT

Gegen
Hitlerbarone

Die „Volkswoch“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,40 Reichsmark, monatlich 1,25 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließliche Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 10 Pf. Familienangelegenheiten 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre: Postfachkonto: Breslau 5852.

10 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Verbands-, Versammlungs- und Wohnungsangelegenheiten 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer der Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, für Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

10 beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 6. Oktober 1932

Nr. 235

Der Sumpf im Braunen Haus

Röhm will sich herauslügen

Eine sogenannte „eidesstattliche“ Erklärung Röhm's und die Antwort des Majors Maier

Die Enthüllungen im Münchener Tschelakoprozess haben den Herrschaften im Braunen Hause Kopfschmerzen gemacht. Der Reichsanzeiger des „Dritten Reiches“, der „Völkische Beobachter“, hat kein Wort über den Prozeß veröffentlicht. Herr Röhm versucht sich nun durch eine Erklärung aus der Affäre zu ziehen, die sehr vorsichtig stilisiert ist. Er kann die Tatsache der Unterredung mit Maier nicht bestreiten, er sucht jetzt nur die Initiative dazu Maier zuzuschreiben. Herr Röhm veröffentlicht eine „eidesstattliche Erklärung“, in der es heißt, daß er dem Prozeß entschuldigt ferngeblieben sei, weil er sich dienstlich in Wien aufgehalten habe; ferner, daß die Unterredung mit dem Reichsbannerführer Major a. D. Maier am 2. April 1932 in Berlin auf Ersuchen des Fabrikanten Bell stattfand. Als Zweck der Unterredung habe Bell im Auftrag Mayrs angegeben, dieser möchte ihn befragen, ob sich nicht ein Weg finden lasse, dem gegenseitigen politischen Blutvergießen Einhalt zu tun, und ob nicht bei einer Aenderung der politischen Verhältnisse eine besondere Verwendung seiner Person und der zu Maier stehenden Teile des Reichsbanners an Seite der NSDAP, unter der Führung Röhm's möglich wäre. Im Laufe des Gesprächs habe Maier mehrmals die persönlichen Angriffe gegen Röhm wiederholt und seine Ueberzeugungen ausgesprochen, daß die Beseitigung Röhm's aus eigenen Reihen in Aussicht stünde. Auf Röhm's Hinweis, daß es sich hier wohl nur um Phantasiegebilde handle, die er (Röhm) nicht ernst nehme, habe Maier erklärt, daß er anderer Auffassung sei und daß es ungeheuerlich sei, daß Röhm als Führer der SA keine Kenntnis von den Plänen hätte.

Diesem Versuch Röhm's, sich herauszuwinden, stellt Major Maier die folgende Erklärung entgegen:

„Die Erklärung des SA-Führers Hauptmann Röhm gegen die Aussagen in dem bekannten Münchener Prozeß stellen eine Kette von groben Unwahrheiten und Zwangsvorstellungen dar. Völlig falsch ist die Behauptung, daß ich es gewesen sei, der um eine Unterredung gebeten hätte. Röhm wurde mir vielmehr von seinem Parteifreund und engen außerpolitischen Mitarbeiter Bell, wie auch vor Gericht eidlich festgestellt, als Zeuge für die Richtigkeit der umlaufenden Behauptungen über die Zustände im Braunen Haus benannt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn mir der oberste SA-Führer als Kronzeuge auf dem Präzidententeller angeboten wurde, ich dieses Angebot nicht ausschlug. Eine andere Ursache, mich mit Herrn Röhm in Verbindung zu setzen, konnte für mich selbstverständlich in keiner Weise in Frage kommen. Es sollte lediglich, dem Angebot des Herrn Bell entsprechend, aus dem Munde des SA-Führers persönlich die notwendige Bestätigung der verrotteten Verhältnisse im Braunen Haus erlangt werden. Eine geradezu groteske Unwahrheit ist es, wenn behauptet wird, ich hätte für mich und gar noch für Teile des Reichsbanners eine Unterredung ausgerechnet unter die Führung eines Hauptmanns Röhm angestrebt oder angeboten.“

Tatsache ist, daß die Unterredung in der von mir bestimmten Wohnung stattfand. Ein Zusammentreffen mit Röhm in dessen Hotelzimmer lehnte ich aus naheliegenden Gründen von vornherein ab.

Eine völlige Verdrehung der Tatsachen ist es, daß ich mit Röhm vereinbart hätte, er könne von dem Inhalt dieser Unterredung seinem Anwalt und Herrn Hitler Mitteilung machen. In Wirklichkeit war auf Veranlassung Röhm's eine ehrenwörtliche Verpflichtung vereinbart, von dem Statthalber der Unterredung bis auf weiteres nichts verlauten zu lassen. Aus der heutigen Erklärung des Herrn Röhm geht für mich hervor, daß er eine ehrenwörtliche Verpflichtung gebrochen hat. Die ehrenwörtliche Verpflichtung war für mich eine weitere Bekräftigung, daß es dem sehr aufgeregten Herrn Röhm wirklich nur darauf angekommen war, bei mir einen Rückhalt gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lager zu suchen. Wie schon vorher durch Herrn Bell, so hat er auch persönlich in jener Unterredung auf das Dringendste gebeten, ihm weiteres Material gegen seinen Feind Schulz zu beschaffen. In jener Unterredung mit mir hat er im Gegensatz zu seiner heutigen Erklärung die blutigen Pläne im Braunen Haus

durchaus ernst genommen. In diesem Sinne hat er sich ja auch im Nordprozeß Dangelien vor Wechen schon eidlich ausgesprochen.

Was den politischen Inhalt des Gesprächs anlangt, so sei einseitigen Folgendes hervorgehoben: Der Hauptteil des Gesprächs bezog sich auf die ungläublichen inneren Zustände im Braunen Haus. Röhm ging dabei auch auf die Personalverhältnisse in der SA-Organisation ein. Er erörterte sogar die eben erfolgte Veretzung oder Kallstellung einzelner SA-Führer. Wie sehr in jenem Gespräch die Person seines Parteifreundes Schulz im Vordergrund stand, habe ich schon dadurch bewiesen, daß ich ausführlicher die schwere Indiskretion mitteilen konnte, die mir, dem politischen Gegner gegenüber, sich der Hauptmann Röhm über eine tags zuvor mit dem General v. Schleicher abgehaltene Unterredung erlaubte.

Von antihitlerwärtiger Einigkeit war selbstverständlich nicht im entferntesten die Rede. Der Volkshewismus wurde insofern erwähnt, als ich auf Grund der dann auch im Prozeß mitgeteilten Meldungen aus Stutigart darauf hinweisen konnte, daß auch die kommunistische Seite über alle Vorkommnisse innerhalb der Nazibewegung offenbar genau im Bilde sei. In diesem Zusammenhang bestätigte mir Röhm unaufgefordert, daß in einzelnen Teilen der SA, bis zu 30 Prozent frühere Angehörige von „Rot Front“ stünden.

Im Laufe des 3/4-stündigen Gesprächs wurde von Herrn Röhm auch der Gedanke gestreift, wie bedauerlich es sei, daß SA und Reichsbanner in teilweise blutigem Kampf gegeneinander ständen. Die Schuld daran schob Röhm den Politikern, den „Zivilisten“ zu. Er unterscheidet, so erklärte er mir, zwei Kategorien: die Soldaten und die Zivilisten. An der Berziehung seien nur die Zivilisten schuld, die dann im geeigneten Augenblick sich zu drücken verständen. Unter diese Zivilisten rechnete er wörtlich

So sieht er aus

Der neue Beamtenschub in Preußen

Fünf Tage vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes Auch Regierungsvizepräsident Wagner ist beurlaubt

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 folgende Personalveränderungen beschlossen:

Mit der kommissarischen Verwaltung der Oberpräsidien werden beauftragt in Königsberg Regierungspräsident a. D. Kuischer, in Breslau der Landrat in Reichsbach Graf von Degenfeld, in Kiel der Vizepräsident des Oberpräsidiums Kiel, Dr. Thon, in Kassel der Kurator der Universität Marburg Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Dr. von Hülsen. Der frühere Vizepräsident der Regierung in Merseburg, Fehrmann, wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Magdeburg ernannt. Der bisher mit der Vertretung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Sachsen in Magdeburg beauftragte Landrat Meugel wird in gleicher Eigenschaft dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg in Berlin-Charlottenburg, zur Verfügung gestellt. Der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Koblenz, Gusele wird beurlaubt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Koblenz wird vertretungsweise Oberregierungsrat Flach vom Oberpräsidium beauftragt. Der Regierungsvizepräsident in Erfurt, Dr. Dresow, wird in den einseitigen Ruhestand versetzt.

Zu kommissarischen Regierungsvizepräsidenten werden ernannt: in Stuttgart der Landrat in Meiner Oberpret,

auch seinen Kollegen in der Reichsleitung, den Reichstagsabgeordneten Dr. Frankl.

Ich bemerke hinsichtlich dieses sogenannten Beteiligens nur, daß davon erst die Rede sein könne, wenn Herr Hitler seine Parole vom Käpfersollenlassen und überhaupt sein ganzes Programm „Mein Kampf“ als völligen Unsinn feierlich zurückgenommen habe. Solche und noch viel kräftigere Werturteile und Feststellungen steckte Herr Röhm ruhig ein.

Herr Röhm hat eine „eidesstattliche Erklärung“ gewagt. Hierzu stelle ich nur fest, daß in dem Münchener Prozeß der Zeuge Bell, heute noch Mitglied der NSDAP, seine Verteidigung abzulehnen versuchte mit der Begründung, im Braunen Haus werden eidesstattliche Versicherungen nach Bedarf hergestellt, die ihn in die Gefahr einer Verfolgung wegen Meineid bringen könnten.

Etwas weiter Major Maier, Röhm's „eidesstattliche Erklärung“ in der Presse erweist sich auch juristisch als typischer Nazi bluff. Eine eidesstattliche Versicherung hat nur dann rechtliche Wirksamkeit, wenn sie vor einer zur Abnahme solcher Versicherungen zuständigen Behörde abgegeben ist. Ist dies nicht der Fall, so ist eine solche als „eidesstattlich“ bezeichnende Erklärung nicht mehr wert als irgendeine private Äußerung. Insbesondere treten keine strafrechtlichen Folgen ein, mag sie auch wesentlich noch so falsch abgegeben sein. Eine vor der Presse abgegebene „eidesstattliche Erklärung“ ist daher ein Humbug!

Das Ergebnis ist: Major Maier hat seine Aussage vor Gericht behauptet. Röhm dagegen hat sich als Zeuge vor Gericht gedrückt, er wird lieber 500 Mark Strafe zahlen, als eine eidliche Zeugenaussage über seinen Besuch bei Maier zu machen. Hinterher übermittelt Röhm der Presse eine „eidesstattliche Versicherung“, die keine ist, sondern eine wirkungslose private Äußerung! Sagt das nicht genug?

in Magdeburg der Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium, Zachariae, in Erfurt der Ministerialdirekt im Preussischen Ministerium des Innern, Bachmann, in Münster der frühere Staatssekretär in der Reichsfinanzverwaltung, Dr. Pünder, Regierungsvizepräsident Dr. Abegg in Schleswig wird auf seinen Wunsch in gleicher Eigenschaft in einem Regierungsbezirk in Mitteldeutschland verwendet werden. Als sein Nachfolger ist der Landrat in Hunsburg Dr. Wallroth in Aussicht genommen. Er wird ihn auch während eines bereits erteilten Urlaubs vertreten. Der Regierungsvizepräsident in Erfurt, Fischeit, wird in den einseitigen Ruhestand versetzt, aber gleichzeitig mit der vertretungsweise Verwaltung des Kreises Grevenbroich-Kreuz beauftragt. Zum Regierungsvizepräsidenten in Erfurt wird der Landrat des Kreises Grevenbroich-Kreuz von Chamier-Silfstein ernannt. Die Regierungsvizepräsidenten Ellinghaus in Gumbinnen und Wagner in Breslau werden beurlaubt. Mit der vertretungsweise Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten der Regierung in Gumbinnen wird der Oberregierungsrat von Baumüller in Allenstein, mit der des Vizepräsidenten der Regierung in Breslau der Verwaltungssgerichtsdirektor von Scheller, zurzeit bei der Regierung in Schneidemühl beauftragt. Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Köslin, von Hoffmann, wird zum Regierungsvizepräsidenten in Marienwerder ernannt.

Der Polizeipräsident in Harburg, Wilhelmshagen, Wenter, wird in den einwöchigen Ruhestand versetzt. Zu Polizeipräsidenten werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten in Königsberg Landrat Berner, in Elbing Oberregierungsrat von Klindow, in Magdeburg Oberregierungsrat Brethner von Nordenlicht, in Kiel Landrat Graf zu Rantzau, in Altona Regierungsrat Dr. Diefenbach, in Essen Polizeipräsident Dr. Wiesmann, in Köln Polizeikommissar Vingsen, in Kassel Regierungsrat von Nolting. Zu kommissarischen Polizeipräsidenten werden ernannt: In Düssel den Regierungsrat beim Oberpräsidium in Breslau Dr. Hoffmann, in Gleiwitz der Landrat des Kreises Talsberg Waderow, in Erfurt Regierungsrat Ade von Pappenheim. Der Polizeipräsident in Gleiwitz Danesh wird in gleicher Amtseigenschaft an das Polizeipräsidium in Harburg-Wilhelmshagen versetzt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums in Erfurt beauftragte Oberregierungsrat Reckhmar wird unter Ernennung zum Regierungsdirektor an das Polizeipräsidium Berlin ver-

setzt. Der kommissarische Polizeidirektor in Schneidemühl, Regierungsrat Rod wird zum Polizeidirektor in Schneidemühl ernannt. Mit der vertretungsweise Verwaltung des Landratsamts in Jekoe wird der Landrat Dr. Ide in Weihenstephan, mit der vertretungsweise Verwaltung des Landratsamts in Weihenstephan, der zurzeit mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums in Düssel beauftragte Regierungsrat Süter beauftragt.

Der Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium Dr. A. Krenkel wird in gleicher Amtseigenschaft in das Ministerium für Volkswirtschaft versetzt. Der Regierungspräsident i. e. N. Dr. von Fahrfeldt wird zum Kurator der Universität Breslau ernannt. Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Strafvollzugsamts in Marienwerder, Wischmann, wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf versetzt. Der Oberstaatsanwalt Janssen in Nachen wird zum Generalstaatsanwalt und Präsidenten des Strafvollzugsamts in Marienwerder ernannt.

lebte sie dann noch immer nicht. Alles zu schreiben ist mir nicht möglich, aber an Hand von Belegen werde ich den flechtigen geordneten Beauftragten die sich zeigenden Schäden innerhalb der Organisation vortragen können.

Ich erbitte mir gelegentlich den Schuldschein zurück, um ihn Frau Heitler wieder auszuhändigen zu können.

Mit Hitler Heil!

Ergebenst Heinrich Mainz.

Der Absender Heinrich Mainz ist noch heute Kölner Stadtverordneter und war es bis vor zwei Monaten noch als Nationalsozialist. Der Beschuldigte Dr. Robert Ley ist Kölner Reichstags- und Provinziallandtagsabgeordneter. Kurz nach Abendung die's Briefes, den Herr Mainz verfaßt hat, als er noch nicht aus den Nazis wegen des persönlichen Geistes, den die Führer verbreiten, ausgetreten war, wurde Herr Dr. Ley nach München versetzt, und zwar, merkwürdigerweise gerade in der Stelle eines Leiters der Organisation I an Stelle Straßers.

Die Ermittlungen der „Rheinischen Zeitung“ in der Angelegenheit ergaben folgendes: Herr Dr. Robert Ley hatte, als die NSDAP in Köln die Einrichtung von Parteizeiten für notwendig hielt, seinerzeit an seine Getreuen ein Rundschreiben erlassen, in dem er sie bat, Gelder zur Verfügung zu stellen, für die er Anteilscheine an der „Fitzengraben 2/4 GmbH.“ ausgeben wollte. Eine ganze Reihe gläubiger Hitleranbeter gingen darauf ein, und so auch der Ortsgruppenführer in Opl bei Wipperfurth, der Lehrer Heitler. Als der Mann vor zwei Jahren gestorben war und die Witwe Geld brauchte, schickte sie durch den Kreisleiter Buchholz die zehn Scheine zu je 100 Mark nach Köln, um sie wieder einzulösen. Sie war natürlich recht erstaunt, als der Bote ihr die Fettel zurückbrachte. Dann erst wurden plötzlich die Scheine eingelöst, aber nur neun von ihnen. Ein weiterer Bg. in Opl, ein Wirt, der ebenfalls derartige Scheine nahm und noch im Besitz hat, wandte sich sofort an den „Untersuchungs- und Schlichtungs-ausschuß“ (der sogenannten „Mölla“) und schrieb an Herrn Straßer. Als Antwort erhielt er die Mitteilung, daß das Verfahren gegen Dr. Ley weitergehe. Er selbst zog dann nach Erlattung der 900 Mark an Frau Heitler seinen Klageantrag zurück. Diese hatte sich aber an dem damals noch in der Kölner Partei tätigen Herrn Mainz gewandt, der nun den oben veröffentlichten Brief schrieb. Es dauerte lange Zeit, dann verschwand plötzlich Herr Ley nach München. Die amtliche Mitteilung, er werde Vertreter Straßers, war nicht mehr als eine Finte. In Wirklichkeit wurde die Geschäftsführung des ehemaligen Chemikers und nachmaligen Kassenanleiters selbst den Herren in München zu bunt, und man zog es daher vor, ihn näher unter den Augen zu haben.

Nazi-Ehrenmann Dr. Ley

Und der Korruptionsjumpf der Kölner NSDAP.

Köln, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

In der Kölner Organisation der NSDAP. gehen merkwürdige Dinge vor. Zwar ist die Meldung der „Kölner Nachrichten“, des Organs der Wirtschaftspartei, daß der Gauleiter, Landtagsabgeordneter Groß, wie auch der Reichstagsabgeordnete Schäfer ihrer Kölner Ämter innerhalb der Parteiorganisation entzogen seien, verfrüht, aber sie dürfte nicht so ganz ohne Unterlagen sein, denn auf einer internen Besprechung, die am vergangenen Donnerstag stattfand, ist die Vermutung geäußert worden, daß der Gauleiter Groß, der SA-Führer Palm und Herr Schäfer wohl demnächst Köln verlassen müßten. Auch das plötzliche Auftauchen des berüchtigten Fremdmörders Schulz in Köln wird damit, wohl nicht ohne Grund, in Zusammenhang gebracht.

In München weiß man genau darüber Bescheid, daß der Gau Köln-Nachen der übelste Korruptionsjumpf ist. Man wird sich aber hüten, vor den Nazis der Öffentlichkeit das traurige Schauspiel zu geben, wie man die letzten Mitbegründer der Kölner Diktatur mit Schimpf und Schande in die Verbannung schickt.

Der „Rheinischen Zeitung“ ist ein neuer Fall von Korruption mitgeteilt worden. Ihr liegt folgender Brief vor, dessen Echtheit jederzeit vor Gericht unter Beweis gestellt werden kann:

Heinrich Mainz

Köln, den 2. Februar 1932

Heinrichstraße 9

Herrn

Gregor Straßer, M. d. N.

Leiter der Organisation I

München, Briennertstraße 45.

Per Einschreiben!

Vor Jahresfrist gab Hg. Dr. Robert Ley auf Grund bewußt unvollständiger Unterlagen Schuldscheine auf eine Gesellschaft aus, die sich „Fitzengraben 2/4, GmbH., Köln“, nannte. Als ich von dem Vorhaben des Hg. Kenntnis erhielt, hatte ich ihn durch Brief persönlich aufgefordert, so etwas nicht zu machen, und drohte ihm an, daß ich alles tun werde, um die Sache zu hintertreiben. Hg. Ley behauptete mich darauf und erklärte ich ihm, daß sein Vorhaben ein Verbrechen wäre, und wenn wir ein deutsches Recht hätten, ich ihn vor den Staatsgerichtshof zitieren ließe. Er hörte sich im Grunde genommen nicht daran und arbeitete an der Sache weiter, so daß er die Schuldscheine drucken ließ. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie, Herr Hg., ihm die Ausgabe dieser Schuldscheine unterliegt. Auf jeden Fall ist der Vertrieb derselben, welche speziell außerhalb Kölns gemacht wurden, nach kurzer Zeit eingestellt worden.

Ich füge Ihnen zur Kenntnisnahme einen solchen Schuldschein bei, welcher einer Frau Wwe. Arthur Heitler, Ober-Klappelsberg bei Opl (Bez. Köln), gehört. Heitler, welcher im August vorigen Jahres gestorben ist, war Hg. und hat zehn dieser Scheine übernommen. Als jetzt am 1. Januar d. J. die Zinsen

fällig wurden, stellt sich heraus, daß keiner dieselben zahlen will.

Es besteht nun folgende Gefahr, wodurch die Bewegung stark in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Juden und politische Gegner versuchen, diese Scheine aufzukaufen, und wollen dann, da sie keine Zinsen bekommen, gegen die Fitzengraben 2/4 GmbH. den Konkurs beantragen. Es müßte dann die Staatsanwaltschaft eingreifen, gegen Dr. Ley, den damaligen Geschäftsführer Dr. Schmitz sowie den besten Freund von Dr. Ley, seinen Saufstumpen Hugo Simon. Ich bitte Sie dringend, Herr Hg., doch hier einzugreifen und die Partei vor Schaden zu bewahren.

Ferner bitte ich Sie, überhaupt im Interesse der Partei, einen Beauftragten nach Köln zu senden, welcher sich einmal über die Stimmung der Hg.s, über die Fehler und Unterlassungen einzelner Führer und deren Fähigkeiten informiert. J. B. Zimmerer kann sich hier im „Mölla“-Verfahren je nach Bedarf, ob er Hg. und seine Mieten bezahlen konnte. Andererseits läßt man Verfahren beim „Mölla“ bewahrt zwei Jahre alt werden und er-

Deutsche Zollbeamte als Waffenschmuggler

Weitere aufsehenerregende Mitteilungen von „Het Volk“ über den Waffenschmuggel der Nazis aus Holland

Amsterdam, 6. Oktober. (Eigener Funkenbericht.)

Das sozialdemokratische Blatt „Het Volk“ veröffentlicht über den Waffenschmuggel an der südburgischen Grenze neue bemerkenswerte Einzelheiten. Danach hat der verhaftete Szymanski seit Januar große Waffennengen über die Grenze nach Deutschland geschafft. Ein Teil der aus Belgien nach Holland geschmuggelten Waffen wurde einer niederländischen politischen Organisation geliefert, die zu den deutschen Nationalsozialisten enge Verbindung unterhält. Deutsche Zollbeamte, so berichtet „Het Volk“ weiter, seien Helfershelfer von Szymanski gewesen. Die meisten Zollbeamten des in Frage kommenden Grenzsektors seien bei den Nazis organisiert. Es seien viele junge Leute darunter, die auf Hitler schwören, in der Hoffnung auf Beförderung nach einem Staatsstreich. Das Zollabhandlungsamt in Düsseldorf werde durch bestimmte Kräfte gehindert, die Untersuchung im Falle Szymanski mit der notwendigen Energie zu führen. Bezeichnend sei auch, daß in den holländischen Grenz-Restaurants, wo die Großschmuggler verkehrten, offen erklärt werde, Szymanski werde später wieder freikommen, wenn Hitler die Macht habe. Die Frau von Szymanski mache sich um ihren Mann die geringste Sorge. Sie erzähle ihren Nachbarn, Szymanski werde bald wieder frei sein, da er zu viel wisse.

„Het Volk“ wirft am Schluß seiner Mitteilungen noch die Frage auf, wie es möglich war, daß die holländische Polizei und die holländische Zollbehörde, von allem was hier auf niederländischem Gebiet vorging, nichts bemerkt haben.

Die Brüder von gestern

Nazis randalieren in deutschnationalen Versammlungen

In Berlin kam es am Mittwochabend in deutschnationalen Versammlungen wieder zu systematischen Störungen durch Nationalsozialisten. Die Polizei mußte an verschiedenen Stellen eingreifen und die Unruhestifter entfernen, damit die Versammlungen zu Ende geführt werden konnten. Zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Tischbeinen und Biergläsern kam es in einer Versammlung im „Deutschen Hof“, wo der deutschnationale Abgeordnete Meng und Major a. D. v. Sodenstern sprachen. Der Nazikrawall war gleich zu Beginn der Versammlung so stark, daß der Saalhelfer der Deutschnationalen eingreifen mußte. Vier Nationalsozialisten wurden verletzt und von der Polizei zwangsgestellt.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigter Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. S. Krenndorff

27]

(Nachdruck verboten.)

Er glaubt, der Värm rühre vom anrückenden Transport her. Bianca hebt den Brief auf und liest ihn ein; auf dem Umschlag ist eine Blume gezeichnet, die Anfangsbuchstaben haben große Schnörkel.

Im Abschnitt der Astartis sind mehrere Marokkaner über den Wall gedrungen, haben sich hinter der Schutzmauer des ersten Zettes eingebaut und besetzen von dort aus die Maschinengewehre. Nun arbeitet nur noch eins. Das Geschütz hat die letzte Granate heraus. Der Telegraphist hält sich die Wundung des Gewehrs unterzimmert und stößt zu. Das Bajonett trifft auf etwas Hartes, streift den letzten Sandhauf und wirft ihn hinaus. Die Achilaba erhebt sich von neuem: Krallen fällt das Ohr. Schmerz, Lust, Blut verjagen den Morgenfrieden und überfließen den Feuerzorn. Erst kann Bianca übertrifft und betäubt, nichts sehen; aber durch die anwesenden Schreie und die irrenden Lichter hindurch bemerkt er auf dem Hügelrücken in der Nähe der Gräben Gruppen marokkanischer Reiter. Plötzlich wird die Luft von gewaltigen Stößen zerrissen. Heftiger Wind weht ins Gesicht und bläst in die Falten des Waffenrocks. Die Last rückt zu Häupten wie Äpfel auf dem Walde. Sattel, Steine, glühende Erbschollen springen auf. Die Batterien in Annual beschließen die Stellung. Der Wall ist auf eine lange Strecke verschwunden. Keine Wamir. marokkanischer Infanterie rufen an. In schauerlichem Chorus heult alles gegeneinander. Fünfhundert, zwanzig Handgranaten zerplatzen allerorten. Bianca, nun auch an einer Hand verwundet, kann das Gewehr mit der anderen nicht mehr aus einem weiten Wirtswort von Leinwandbecken, Erde und Achilabas hervorziehen. Inmitten von Rauch, Blut und Gebrauh — die

Einschläge folgen dicht aufeinander, der Luftdruck wirft zu Boden — springt Bianca zurück und flieht. Nicht vor den Angreifern, sondern vor dem Westuntergang, der über die Stellung herein gedröhnt ist; die Erde springt ihm südwärts an die Kehle! Hinter ihm her weht die Luft nach jedem neuen Einschlag in heftigen Stößen. Waffellos rennt er weiter. Er weiß genau, daß er deliriert, daß er die übrigen in der Vernichtung alleinläßt. Bianca fällt, springt auf, kühlt von neuem. Wo ist das Gewehr? Wo hat er die Mäze gelassen?

Bald läuft er mit leeren Patronentaschen den Abhang hinunter. Hinter ihm, auf der Höhe, verbleibt die Stellung im Blendenglanz der Einschläge, im befürchtenden Heulen der Granate, umgürtet mit zerplühter Erde, flammenpendelnd wie ein Vulkan. Jetzt hört man die Batterien aus Annual besser. Bianca hat mitangehört, wie sich der Kommandant eine Kugel in den Kopf schöß. Ein Feldwebel und sechs bis acht Mann sind in anderer Richtung geflohen; mindestens drei von ihnen sind sofort gefallen. Der Feldwebel hatte noch das Gewehr bei sich; er war von der zweiten Kompagnie und hieß Armitien.

Andere Batterien feuern auf das Gelände außerhalb der Stellung; eine Granate schlägt etwa dreißig Meter von Bianca entfernt ein. Er wird umgerissen, springt auf und eilt mühsam weiter. Uebermensliche Kraft jagt ihn. Die Einschläge lassen keine Augen aufheben; die starr an dem jernen Annual hängen, wohin der Weg nur allzu weit ist. Niemand hat sich retten können! Niemand! Bianca nimmt sich selbst nicht aus. Auch er wird sterben, — ehe er das Lager erreicht. Eine zweite Granate schlägt noch näher bei ihm ein und zerplatzt in einem Graben. Dann heult es vier, fünfmal in schrillen Ton an ihm vorüber. Oben in der Stellung bleibt kein Stein auf dem andern.

Er ist dem Begrabenwerden entflohen; aber es bleibt in ihm der Eindruck, er sei bereits gefallen und von den Einschlägen verhäutet worden. Er bewegt sich nur, weil er irgendwie aus dem Grab gerissen wurde und nun vom Winde den Abhang hinuntergeweht wird. Er nimmt sich in acht, nicht zu fallen, macht einen Linweg oder hebt die Beine unverhältnismäßig hoch, um den großen Steinen im Felde auszuweichen. Denn wenn er fällt, wird er sich nicht mehr erheben können; inständigem weiß er, daß die Ermüdung nach acht, zehn, zwölf beinahe schlaflosen Nächten jenseits Fieber und Durst bleiern auf ihm lasten und ihn nicht wieder in die Höhe kommen lassen würden. Nur laufen!

Laufen! Er will nach seiner Wunde sehen, gerät in eine Senke, die mit Disteln und Dornensträuchern bewachsen ist. Raben schlagen mit den Flügeln, um aufzuheben und jagen in Schwärmen davon. Wassergeruch. Entleerte Beine unter Hosenresten. Bianca versteht sich, ohne sich erst vorichtig umgesehen zu haben. Er wundert sich, daß es ihm jetzt leid tut, nicht obengeblieben zu sein. Er setzt sich hinter einen Felsblock und sieht mit gestrecktem Bein nach seiner Kriemauer. Viel Blut, aber das Geschick ist nicht tief, und das Gelenk ist in Ordnung. Nicht schlimm, wenn man nach Annual kommt! Dort warten Wasser und Ruhe, vielleicht das Revier und womöglich der Abtransport nach Melilla oder einem Lazarett. Da gibt es Betten wie in Spanien und Kerle in weißen Mänteln, die sich um einen kümmern!

Salbnackte Leichen, fast völlig von Fliegen bedeckt. Sie haben noch das Riemenzeug um, eine hält noch das Gewehr in der Hand. Bianca sieht nach ihren Feldflaschen. Aus einer kommt eine blaue Fliege hervor, aus einer anderen rieselt Sand. Die Patronentaschen sind gefüllt und ein Gewehr kann von Nutzen sein. Bianca packt Patronen in seine eigenen Taschen und hebt das Gewehr auf. Die schwere Munition und die Last der Waffe geben seinen Gedanken eine andere Richtung. Er hört wiederum das Gedröhn hinter sich, auch die Achseln und schneidet den Einbruch mit einem Lärmenhofnähigen Fluch, der Gleichgültigkeit ausdrücken soll. Dann sieht er nach der Regimentsnummer am Kraben der Gefallenen. Lauter Zweihundertziger! Sie sind von dem letzten Transport. Nun läuft er in der Richtung nach Annual weiter; in ungefähr zwei Stunden kann er ankommen. Als er sich aus der Senke entfernt, macht ihm seine Bewaffnung Sorge. „Troakaledem“, denkt er, „werden sie mich in Annual wie einen kühnen Soldaten empfangen. Wenn ich die Sachen nicht abliefern, sondern hier liegen lasse, verdienen ich das nicht. Wirklich? — Ich bleibe doch immer derselbe Mensch!“ Er spürt, es kann doch sein, daß er eine gute Rolle spielt, wenn er all das mitbringt! Er biegt weit aus, um ein Zusammentreffen mit Marokkanern zu vermeiden. Die Sonne brennt jetzt mit voller Kraft. Es muß acht oder neun Uhr sein; die weitaufgerissenen, blutunterlaufenen, ungeduldig spähernden Augen schmerzen und trännen von Schlaflosigkeit. Er facht sich an die entzündete Wange und eilt einen kleinen Hang hinab, der in ebenes Gelände führt. (Fortsetzung folgt.)

Kommt die Fünfmächte-Konferenz?

Herriot prüft Macdonalds Plan — Leon Blum gegen den englischen Vorschlag

Paris, 6. Oktober (Eigener Funkbericht)

Die französische Regierung hat noch keinen Beschluß über die Haltung gefaßt, die sie gegenüber dem Vorschlag Macdonalds zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungsforderung, eine Konferenz in London abzuhalten, einnehmen wird. In einem Ministerrat am Mittwoch hat das Kabinett dem Ministerpräsidenten volle Freiheit gelassen, eine den Interessen Frankreichs angepasste endgültige Entscheidung zu treffen. Am Abend prüfte Herriot mit den leitenden Beamten des Quai d'Orsay die Vor- und Nachteile des englischen Plans. Nach den Informationen des „Petit Parisien“ scheint der Widerstand Frankreichs gegen die Londoner Konferenz etwas geringer geworden zu sein. Die französische Regierung werde aber verlangen, daß die Konferenz einen mehr vorbereitenden Charakter trägt und sich auf die Erörterung der juristischen und moralischen Seite der Gleichberechtigungsforderung beschränkt.

Wenn die Regierung, so fährt „Petit Parisien“ fort, schließlich darin einwilligt, nach London zu gehen, so werde das vor allem geschehen, um dem von der englischen Regierung freundlich ausgedrückten Wunsch nachzukommen und nicht den Bedacht aufkommen zu lassen, daß Frankreich in irgend einer Weise die Abrüstungskonferenz sprengen wolle.

Die Genfer Berichterstatter der Pariser Zeitungen melden, daß die englische Anregung in Kreisen des Völkerbundes und bei den Vertretern der kleinen Staaten lebhafter Beunruhigung hervorgerufen habe. Die einen befürchteten, daß die Abrüstungskonferenz ausgeschaltet werde, die anderen, daß die deutsche Forderung in einem ihren Interessen unangenehmen Sinne entschieden werden könne, ohne daß sie die Möglichkeit hätten, ihre Stimme dagegen zu erheben.

Leon Blum wendet sich im „Populaire“ gleichfalls gegen den

englischen Vorschlag, aber nicht, weil er darin ein Manöver gegen Henderson erblickt, wie Jouhaux erklärt hatte. Blum schreibt, die französische Politik müsse nach Ansicht der Sozialistischen Partei auf zwei Ziele hinarbeiten, die jedoch schwer miteinander vereinbar seien. Sie müsse der Abrüstungskonferenz zu einem Erfolg verhelfen, der in einer allmählich durchzuführenden Gleichheit durch Herabsetzung der Rüstungen bestehe, aber sie habe auf der anderen Seite kein Interesse, das Kabinett der Barone zu stärken. Im Interesse des Friedens müsse Frankreich alles vermeiden, was das Feudal-Regiment in Deutschland fördere, das gegenwärtig eine Diktatur ausübe und die Rückkehr der Monarchie vorbereite. Im übrigen sei zu befürchten, daß auf der Londoner Konferenz wieder die geheime Idee der Generalstabsaustausche, wonach Deutschland ein gewisses Recht auf Rüstungen gewährt werden solle.

Paris, 6. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der Genfer Korrespondent des „Matin“ meldet, daß der Abrüstungsplan, den Frankreich am 10. Oktober dem Büro der Konferenz unterbreiten wolle, bereits so gut wie fertiggestellt sei. Er sehe ein System vor, das in sehr glücklicher Weise das Problem der Abrüstung mit dem der Sicherheit verbinde. Nach einer Londoner Gannas-Meldung enthält der Plan folgende Klauseln:

- Einen Vorschlag zu einem Konjunktiv-Pakt, ein Kontroll- und Sanktionssystem,
- die Internationalisierung der Luftschiffahrt, eine Beschränkung und Herabsetzung gewisser Angriffswaffen und
- die Aufrechterhaltung der Militärklauseln des Versailles-Vertrages mit gewissen Abänderungen.

14 Jahre lang hat der Stahlhelm sich und unbezert nationallistische Aufklärungsarbeit geleistet, die Jugend zum Soldaten-tum erzogen. Er war auch lange ein Schützer der damals verbündeten SA des Nationalsozialismus. Am Montag abend haben wir die Quittung empfangen. Als der Stahlhelm, Gau Braunschweig-Stadt, am 3. Oktober anlässlich des 85. Geburtstages des Generalleutnants von Hindenburg einen Fackelzug veranstaltete, wurde dieser Zug an mehreren Stellen von der SA überfallen, wobei diese Truppe, die sich nationalistisch nennt, nicht davor zurückschreckte, auf Stahlhelmer und Polizei zu schießen. Nur der unerschütterlichen Disziplin der Stahlhelmlagerabenden, welche unbezert weitermarchierten, und der opfermütigen Vorgehen der Polizei ist es zu danken, daß es nicht zu Todesfällen und Verwundungen gekommen ist. Wir fordern die nationalen Männer im Lande Braunschweig nunmehr auf, sich einmütig zum Stahlhelm zu bekennen und in seinen Reihen mitzumarschieren. Jene Reihen, in denen das Hakenkreuz der Nazis fortgesetzt wird, können einem nationalen Mann nicht Heimat sein.

Am 11. Oktober 1931, genau vor einem Jahr geschah in Harzburg die Verbrüderung des Stahlhelms und der SA. Ein Jahr später auf dem gleichen braunschweigischen Boden schrieben sich die damaligen Bundesgenossen gegenseitig über den Haufen.

Französisch-Polnisches Militärabkommen verlängert

Paris, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Wie der Pariser Korrespondent des „Sozialistischen Presse-dienst“ zuverlässig erfährt, ist die vor kurzem übermittelte Meldung der „Humanité“, daß das französisch-polnische Militärabkommen um weitere zehn Jahre verlängert worden ist, zutreffend. Der Antrag zu der Verlängerung ging von Polen aus. Die französische Regierung hatte anfangs wenig Neigung, dem polnischen Wunsch zu entsprechen. Aber dem Generalstab, dem natürlich an dem Bündnis mit Polen sehr gelegen ist, gelang es, unter Hinweis auf die drohende Haltung Deutschlands die Bedenken der Regierung zu zerstreuen und die Verlängerung des Abkommens durchzuführen. Da es sich nicht um einen Vertrag zwischen den beiden Regierungen, sondern um ein Abkommen zwischen den Generalstäben handelt, das nicht der Ratifizierung des Parlaments unterliegt, dürfte diese Verlängerung der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten.

Der Skandal in der französischen Luftschiffahrt

Scheint schneller als man glaubte seiner Aufklärung entgegenzu-gehen, und zwar in einem für den Kläger Bouillon-Lafont un-günstigen Sinne. Die ganze Affäre scheint nur ein Nachakt des Direktors der Aero Postale gegen den Direktor der Handelsluft-schiffahrt im Luftministerium Chaumie zu sein, der sich allen An-trägen der Aero Postale auf Gewährung staatlicher Mittel zur Sanierung der Gesellschaft widersetzt hat.

Am Mittwochvormittag ist zunächst der Journalist Collin, der Bouillon-Lafont einige der gefälschten Dokumente verschafft hatte, verhaftet und verhört worden, obgleich er an einer schweren Lungenkrankheit leidet. Eine Durchsuchung seiner Wohnung blieb erfolglos, da Collin, wie er selbst zugab, alle verdächtigen Docu-mente vorher verbrannt hatte. Nach einem erneuten Verhör des Direktors der Aero Postale wurde eine zweite Person fest-genommen, die ihm gleichfalls einige Dokumente übergeben hat. Es handelt sich um den Bruder des kürzlich verstorbenen Senators de Luberic. Bei seiner Vernehmung, die in Gegenwart Bouillon-Lafonts stattfand, gab er zu, die fraglichen Dokumente beschafft zu haben.

Der Kampf ums Recht

Klage Preußens gegen die Diktatur

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich veröffentlichte gestern nachmittag den Terminzettel für die Hauptverhandlung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen.

Die mündliche und öffentliche Verhandlung beginnt am Montag, dem 10. d. M. um 10.30 Uhr, im Haupt-sitzungssaal des Reichsgerichts. Es ist eine mehrtägige Dauer vor-gesehen. Als Klagende Parteien treten auf:

1. das Land Preußen, vertreten durch das ehemalige Staatsministerium mit den Streitbevollmächtigten, den Ministerialdirektoren Dr. Bacht und Dr. Brecht-Berlin und Universitätsprofessor Dr. Giese-Frankfurt a. M.
2. die Zentrumsfraktion im Preussischen Landtag, vertreten durch Universitätsprofessor Dr. Peters-Berlin.
3. die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Preussischen Landtag, vertreten durch Uni-versitätsprofessor Dr. Schäfer-Frankfurt a. M.
4. der preussische Ministerpräsident Dr. h. c. Braun und die preussischen Minister Severing, Hirtler, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme und Kesper.
5. das Land Bayern, vertreten durch das Gesamtministerium und
6. das Land Baden, vertreten durch das Staatsministerium, mit den Streitbevollmächtigten Ministerialdirektor Dr. Fesch, Berlin, und Oberregierungsrat Wal im badischen Ministerium des Innern.

Beklagt sind das Deutsche Reich, vertreten durch die Reichsregierung und der Reichskanzler als Reichs-kommissar für Preußen. Auf ihrer Seite treten als Streit-bevollmächtigte auf: Ministerialdirektor Gutheiner, Ministerial-rat Dr. Hohe, Professor Dr. Carl Schmidt-Berlin, Professor Dr. Jacobi-Leipzig und Professor Bilfinger-Halle.

Rundfunk-Scholz bastelt weiter

Die Unterredung zwischen dem Reichsinnenminister und dem Reichsrundfunkkommissar Scholz hat das Ergebnis gehabt, daß der Reichskommissar von dem Minister erlucht wurde, die Umstellung des Rundfunkwesens, soweit sie zur Zuständigkeit des Kommissars des Reichsinnen-ministers gehört, beschleunigt weiterzuführen, um den bisher unvermeidlichen Zwischenzustand mit seinen Begleit-erscheinungen abzukürzen.

Rein Geld mehr Adolf?

Schwerin, 5. Oktober (Eigener Drahtbericht)

Die SS-„Mannöver“, die die Reichsleitung der National-sozialistischen Partei in Mecklenburg-Schwerin Mitte Oktober zu veranstalten beabsichtigt, sind am Mittwoch zur allgemeinen Ausrüstung von Adolf Hitler selbst abgeblieben worden. Es sollten zu diesen Manövern 8000 SS-Leute aus dem ganzen Reich zusammengezogen werden.

Heffens Polizisten dürfen nicht Mitglieder der NSDAP sein

Darmstadt, 5. Oktober. (Eig. Draht.)

Die heffischen Polizeibeamten dürfen künftig sowohl Mitglieder der NSDAP werden als auch deren Partei-versammlungen besuchen, wenn es nach einem von einer Nazi-Zentrums-Mehrheit im heffischen Landtag angenommenen An-trag ginge. Das Zentrum stellte sich auf den Standpunkt, daß die Hitler-Partei jetzt gewissermaßen legalisiert sei durch den Empfang Hitlers bei Hindenburg und durch ihre neuerdings bekundete „An-erkennung und Bejahung der Demokratie“. Die heffische Regierung wird jedoch, wie sie in einer Erklärung des Innenministers bekanntgab, an dem Verbot festhalten, da für sie kein Anlaß bestehe, ihren bisherigen Standpunkt zu revidieren. Sie werde sich vielmehr an die bestehenden Ent-scheidungen des Reichsgerichts und des höchsten preußischen Disziplinarhofes für nichtrichtiger Beamte halten. Zudem sei gerichtlich erwiesen, daß die heffische NSDAP einen ge-heimen Nachrichtenendienst aufzuegen und Polizeibeamte zur Be-schaffung vertraulicher Materials, also zur Verletzung ihrer Dienstpflicht verleitet habe.

Angenommen wurde vom Landtag weiter ein Zentrums-antrag, der den Polizeibeamten die Zugehörigkeit zu politischen Kampforganisationen, wie z. B. SA und SS, Eiserne Front, Rot Frontkämpfer-Bund und der katholischen Kreuzfahr-verbände, es erlaubte sich daraus der eigenartige Zustand, daß z. B. Polizeibeamte wohl Mitglied der SPD sein können, nicht aber der Eiserne Front, Abgelehnt wurde gegen die Antragsteller

ein Naziantrag, auch den Schültern den Besuch von Nazi-versammlungen und die Mitgliedschaft bei der Hitlerjugend zu gestatten.

Solche Quittung tut weh

Besonders wenn man an Harzburg denkt

Braunschweig, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der Fackelzug des Braunschweiger Stahlhelms zu Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg am letzten Montag ist von der SA überfallen worden. Verirrte Polizei mußte mit blankem Säbel gegen die SA vorgehen. Die SA gab auf die Polizei und auf den Stahlhelm mehrere Schüsse ab. Der Landes-verbandsführer gibt jetzt folgende Erklärung ab:

„Rache, Rache, wir stürmen das Volkshaus“

Der Bunzlauer Landfriedensbruchprozeß — Polizei belastet die SA-Führer — Ergebnislose Zeugenfunde der Nazis

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des dritten Tages stand die Vernehmung des Polizeimeisters Roset, der mit einigen Beamten gleich nach telefonischem Anruf vor dem Volkshaus, wo die Schlacht noch tobte, eintraf. Der Beamte schilderte ein-gehend seine ersten Eindrücke. Um die Streitenden zu trennen, habe er mit gezielten Pistolen vorgehen lassen und selbst einige Schredschüsse abgefeuert. Darauf seien die Fronten einen Augen-blick zurückgewichen. Die Polizei habe diesen Augenblick benutzt, um die Nationalsozialisten weiter zurückzudrängen, was auch gelang. Als die

SA-Leute einen abermaligen Versuch zum Angriff machten, schob er wieder in die Luft. Erst nach langen Be-mühungen, die durch nachkommene Polizeikräfte unterstützt wurden, konnte die Straße abgeriegelt werden. Nach seinen Schilderungen hat der Polizeimeister dann eine Durchsuchung der Nationalsozialisten auf Waffen angeordnet und selbst durchführen lassen. Daran wurde er von den Führern der SA gehindert, die die Polizei mit den Worten abgewiesen: „Durchsuchung der SA ist ausgeschlossen. Sie sehen, was los ist, wir haben die Leute nicht mehr in der Hand.“ Die um ihre Führer versammelten SA-Leute schrien empört:

„Rache, Rache! Wir stürmen das Volkshaus! Durchsuchung lassen wir uns nicht gefallen!“

Dem Beamten sei mitgeteilt worden, daß die SA-Leute Waffen und Schlagwerkzeuge in den nahen Mühlgraben verfenkten oder im Gebüsch versteckten. Tatsächlich wurden in einer Gärtnerei am nächsten Tage auch feststehende Messer und andere Hieb- und Stichwaffen gefunden.

In diesem Zusammenhang wurde dann vom Gericht er-örtert, aus welchen Gründen nicht sofort eine Durchsuchung des Volkshauses nach Waffen unternommen wurde. Die leitenden Beamten erklärten, daß sie es als ihre dringendste Aufgabe angesehen hätten, zunächst abermalige Zusammenstöße zu verhüten und dann die abfahrtsfertigen Nationalsozialisten auf Waffen zu durchsuchen. Eine Hausdurchsuchung im Volkshaus sei mit den wenigen verfügbaren Kräften ausgeschlossen gewesen, dem Ersten Bürger-meister als Polizeierwalter aber nach Eintreffen der örtlicher Schutzpolizei angetragen worden. Diese Neuzurechnungen führten zur sofortigen Vernehmung des Ersten Bürgermeisters Sie-mianowski, der seine Anweisungen dahingehend begründete, daß zunächst die Angreifer, nämlich die Nationalsozialisten, die außer-dem im Begriff standen, den Ort zu verlassen, auf Waffenbesitz durchsucht werden mußten, zumal alles dafür sprach, daß der Reichsbannermann Schreiber von diesen erschossen wurde. Eine sofortige Durchsuchung des Volkshauses sei schon deswegen nicht möglich gewesen, weil die Beamten voll auf der Straße zu tun hatten und auch die Schutzpolizei aus Gericth zunächst für die Wiederherstellung der Ruhe im Zentrum der Stadt eingesetzt werden mußte. Später habe er eine solche Maßnahme für wertlos gehalten, weil in der Zwischenzeit etwa im Volkshaus vorhanden gewesene Waffen mit Bestimmtheit festgestellt sein würden. Als das Gericht zu Werturteilen über die Maßnahmen des Bürgermeisters kommen wollte, berief sich dieser auf seine alleinige Verantwortung für seine Entscheidungen gegenüber den dafür maßgebenden Instanzen. Einer Vernehmung des Landrats, der mit dem Bürgermeister Fühlung hielt und dessen Maßnahmen

guthieß, widersprach der Staatsanwalt mit dem Hinweis darauf, daß solche Erörterungen nicht vor dieses Gericht gehörten und auch mit dem Beweisthema nichts zu tun hätten. Darauf wurde davon abgesehen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung geriet die Verteidigung der SA-Leute wieder zweimal in ein kümmerliches Licht

Wie wir gestern berichteten, bezeichnete der Sturmbann-führer v. Manstein einen in Tillendorf bei Bunzlau wohnenden Hauptmann a. D. Schmidt, der beweisen sollte, daß Reichs-bannermann Schreiber von einem seiner eigenen Kameraden, der bestimmt zu bezeichnen sei, erschossen wurde. Als der Haupt-mann vor Gericht erschien, mußte er überhaupt nichts über die Vorgänge zu berichten. Sofort erhob sich der Verteidiger der Nationalsozialisten und bezeichnete einen Walter Rogner, ebenfalls aus Tillendorf, als solchen Kronzeugen. Auch dieser Mann erschien innerhalb einer Stunde vor Gericht und mußte erklären, daß er am fraglichen Tage überhaupt nicht in Bunzlau gewesen sei. Er müsse nur aus Berichten einer alten Frau, daß am Abend des 22. Juli Reichsbannerleute mit Schußwaffen durch das Dorf nach dem Bunzlauer Volkshaus gelaufen seien. (!!) Nun flüchtete der nationalsozialistische Verteidiger nach Gerlachshausen im Kreise Lauban, wo der Mann, der sich, wer auf Schreiber schoß, sitzen soll.

Das ganze Manöver ist ein infamer Kotakt der ungelagten Nationalsozialisten, um dem Reichsbanner die Urheberhaftigkeit der tödlichen Schüsse auf unseren Kameraden zuzuschreiben und, falls diese nach der ganzen Beweisaufnahme und dem tatsächlichen Sachverhalt unmögliche Konstruktion gelingen würde, die größere Verantwortung für die schlimmste Folge des Zusammenstoßes ebenfalls der Eisernen Front und damit deren angeklagten Mit-gliedern zuzuschreiben.

Die Verhandlung wurde heute vormittag fortgesetzt. Es ist anzunehmen, daß die Beweisaufnahme heute abend zum Abschluß gebracht werden kann. Das Urteil ist erst am Freitag abend zu erwarten.

Sum Doppelmord in Dahlau

Die Ermittlungen am Tatort des Doppelmordes in Dahlau, Kreis Wohlau, haben ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Die Mordkommission ist gestern nach Breslau zurückgekehrt und wird nunmehr den hier einwirkenden Täter Vogt vernehmen. Er ist inzwischen soweit wiederhergestellt, daß keiner Vernehmung nichts mehr im Wege steht.

Es ist festgestellt worden, daß Vogt die Tat schon seit längerer Zeit geplant und auch schon zweimal verjagt hat, nachts seine Tochter Ella mit einer Wgr zu erschlagen. Er hatte sich in ihr Zimmer geschlichen. Das Mädchen schlief aber nicht, wie er annahm, sondern sah ihn herantommen und konnte noch rechtzeitig flüchten. Seitamerweise hat sie der Behörde davon keine Mitteilung gemacht, sondern die Vorfälle nur einer Freundin unter dem Siegel der Verschwiegenheit erzählt. Die Motive zur Tat sind vorläufig noch unklar. Wirtschaftliche Not liegt nicht vor. Vogt bezieht eine ausreichende Rente, hat außerdem Grundbesitz und ein kleines Vermögen. Es ist anzunehmen, daß die jetzt erfolgenden Vernehmungen auch über die Motive der Tat Klarheit schaffen werden.

Kleine Breslauer Nachrichten

Die 21. offene Singstunde der Volkshochschule Breslau
(Leitung Studienassessor W. Czajka) soll als einzige des Jahres als Morgenstunde im Freien stattfinden: Sonntag, den 9. Oktober, morgens 8 Uhr, im Naturtheater (Scheiniger Park, Nähe Parthotel), damit einmal der große Kreis, der sich immer zu diesen Stunden versammelt, im fröhlichen, gemeinsamen Singen aller mit allen die Lieder zum Lob der Wandergesellen (Singblatt 5) dort zum Klingen bringen kann, wo sie eigentlich hingehören: in Gottes freier Natur und in der Morgenluft. — Der Eintritt ist frei. Singstundenblätter sind mitzubringen oder draußen für 5 Pf. zu haben. Bei schlechtem Wetter fällt die Singstunde aus.

Herabsetzung der Preise für Warmbäder in den städtischen Warmbädern.

Am 1. Oktober d. J. ab gelangen in sämtlichen städtischen Warmbädern Sammelkarten für fünf Warmbäder zum ermäßigten Preise von 2 RM. zur Ausgabe. Die Karten sind übertragbar und berechtigen zur Benutzung aller städtischen Warmbäder, ohne Rücksicht darauf, wo die Sammelkarte gelöst worden ist. Da es sich zunächst nur um einen Versuch handelt, wird es davon abhängen, ob die Nachfrage nach Sammelkarten so stark sein wird, daß die Preisermäßigung auch in Zukunft beibehalten werden kann.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer
Der Kinderfunk mit Margot Casteln am Donnerstag um 16.50 Uhr wird sicher sehr nett werden. Die Stunde der Arbeit interessiert uns nicht. — Um 22.20 Uhr zehn Minuten Arbeiteroperante.

Konzerte - Theater - Vergnügungen

Breslauer Volkshöhne. Zu den Nachmittagsvorstellungen am kommenden Sonntag im Vobetheater (Zieler im Schloß) und Stadttheater (Ar und Immermann) erhalten die Mitglieder der Volkshöhne in der Schloßstraße, Schloßstraße 5a, Gärten zum Preise von 95 Pf. bzw. 1.40 RM.
Stadttheater (Spernbau). Heute Donnerstag 20 Uhr. Abm. Vorst. D 3: „Macbeth“ mit Richard Groß in der Titelpartie, Gitta Darbo in der Partie der Lady Macbeth. In den übrigen Hauptpartien die Damen Glogner, Voell, Stern und die Herren Kadra, Arnold, Ritt, Klara, Hilfen, Streben und Wagner.
Vobetheater. Täglich 20.15 Uhr finden Aufführungen des durchlaufenden Schauspielers „Die erdlose Straße“ zwischen dem Schloß und Hinkel, in der Leitung von Hermann Schulze-Greifheim und der Leitung der Bremerer hat „Die erdlose Straße“ am Sonntag 15.30 Uhr (bei den für Nachmittagsvorstellungen vorgesehenen erdlosen Straßen) „Der erdlose Spiel im Schloß“ als Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen in der Premierenbesetzung gegeben.
Gerhart-Hauptmann-Theater. Täglich 20.15 Uhr der hübsche Heiterkeits-

reife, ...
Schauspielhaus, ...
preis ist es jedem möglich, einen vergnüglichen Nachmittag oder Abend im Schauspielhaus zu verleben. Täglich zwei Vorstellungen 16.30 und 20.15 Uhr.

Gemüthliches

In der Breslauer Damenwelt beliebt sich etwas herum. Gemeinnützlich und nun einmal nicht für Frauen. Eine sagt's hier, andere dort, es ist ein Brauch, haben in der Stadt und im Umland. Die Damenvereine haben eine qualitativer Punkt, ein bekanntlich, hohes Niveau. Die Vereinsarbeiten sind verlässlich. Zum Beispiel: Liefert ein entzückendes Damen-Unterwäsche in bester Verarbeitung mit großen Beständen, der den Kopf der Trägerin würdevoll um die Ehren trägt, nur 20.75 Mark. Man muß es etwas schön sehen. Wir empfehlen allen einmal den Besuch nachmittags oder abends in einem dieser Theater.

Antlicher Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern
Gegenwärtig hält der Zustand kalter Luft örtlichen Ursprungs von Nordwesten her noch immer an. Bei wechselnder Bewölkung kommt es nur vereinzelt zu leichten Schauern und die Temperatur, welche zwischen 10 Grad nur wenig übersteigt, geht nicht über den Gefrierpunkt hinaus. In nächster Zeit bringen nur langsam über den Norden der betriebligen Inseln einwärts vor.
Ausrichten für das schließliche Hoch und Mittelgebirge:
Bei westlichen Winden wechselnd bewölkt, nur vereinzelt leichte Schauer sehr kühl. Nachfrosteigebirge.
Sonnenaufgang: 6.08 Uhr — Sonnenuntergang: 17.27 Uhr.

Sammlen-Anzeigen

Am 4. Oktober 1932 verstarb nach kurzem, schwerem Krankheitslager unser Mitglied, der **Sattler Franz Fritsch** im Alter von 67 Jahren. 2939
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Zuschußkasse der Sattler und Portefaßler
Zehntel Breslau.
Beerdigung: Freitag, 7. Oktober, 3^{1/2} Uhr, von der Kapelle des St. Heinrich-Friedhofes, Strehleiner Chaussee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 3. Oktober 1932 verstarb hiesiger Freund und Verbandskollege **Wilhelm Rößler** im Alter von 55 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Einäscherung: Freitag, den 7. Oktober, 15 Uhr, im Krematorium Grabschen. 2943

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes Günter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Mietern des Hauses Frankensteiner Straße 34 sowie den jungen Mädchen und seinen Freunden unseren herzlichsten Dank. 6763
Breslau, den 5. Oktober 1932
Hermann Gratzke u. Frau
Frankensteiner Straße 34.

Pfänder-Versteigerung

Am 20. Oktober 1932, vormittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungsraum **Berliner Platz 2** die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder gelbe Scheine bis Nr. 70000 (Möbel, Fahrräder, Betten, Wäsche, Anzüge usw.) statt. Verlängerungen von zu Versteigerungen fälligen Pfändern erfolgen an den beiden letzten Tagen vor der Versteigerung nicht. Ueberhörsche aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres im Hochhaus am Ring 9/11, Zimmer 303, abgeholt werden, anderenfalls sie in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.
Breslau, den 5. Oktober 1932
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert.

Führung durch das Krematorium
Sonntag, den 9. Oktober cr., 10 Uhr
Eintritt 30 Pf., Karten erhältlich:
Deutsche Feuerbestattungskasse
»flamma«
Tausatzstraße 59, Ecke Taschenstraße
Tel. 20678 und am Eingang zum Krematorium
Tüchtige Werbevertreter gesucht

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache streng reell in der Böhmisches Bettfedern-Niederlage **Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.**
Kein Laden! 9644

Wie der Weltkrieg entstand.
Das einzige Abhandlungsbuch über die Handlungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 66 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

Jubiläums-Rennen

Breslau-Martleb
Sonntag, den 9. Oktober
pünktlich 2 Uhr nachm.
5 Flach- 2 Hürdenrennen 1832-1932
Doppelwette 4. und 7. Rennen



Das Haus an der Grenze
Der große deutschsprachige Spionage-Torfilm.
Beachten Sie das morgige Inserat!

Zernik

der große Meister des Humors führt Ihnen das vorzügliche Okt.-Programm vor
Kabarett Kaisechronik
Tgl. 8.30
Donnerstag, 6. Oktober, 5-Uhr-Tanztee mit voll. Progr.

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lerne die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

STADTTHEATER

Donnerstag, 20 bis gegen 23
Abonnementsvorstellung D 3
Macbeth
Freitag, 20 bis 22.30
Die Bohème
Sonnabend, 20 bis gegen 23
Abonnementsvorstellung G 3
Mitter Wu

LOBETHEATER

Täglich 20.15 bis 22.45
Die erdlose Straße
Sonntag 15.30 bis 17.35
Spiel im Schloß

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15 bis 22
Der Zeffireo

SCHAUSPIELHAUS OBERETTENTHEATER

Täglich 16.30 und 20.15 Uhr:
Giardasfürstin
nachm. 1.25
abends: 30! — 2.50
Vorurt: Barald, Wertheim,
Theaterkasse, Telefon 263 01.
Progr. 10 Pf., Garder. 15 Pf.
Sonntag nachm. Abendpreise.

Tanzschule Pakulla

Unterr. d. Tanzpaar. Erstklass. Lehrkräfte. Augustlast. 125.
Ab 2. Okt. 20 Uhr. Auch jed. Sonntag Unterr. Für Anfänger, pro Ahead 1 Mk. Übungsabende kostenlos. Damen Ermäßigung.

Maurer-Hosen

engl. Leder, mit und ohne Schnitt 9.50, 7.90, 5.80
A. Malinowitzer
Klosterstraße 23.

Mähmaschinen

prima, mit Garantie, an jedermann, phantastisch billig!
Fabriklager-Ausverkauf mit Rollen RM 129.—
perzent RM 148.—
Schrank RM 175.—
Gemeinb. Auch Teilg. Verkauf Tauenhienstr. 142 St. 1ts.

Schlafzimmer

sehr apartes Modell glanzpoliert, vollst. komplett ... RM 635.—
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I. (neben Capitol)

Moostorf

in Ballen und lose **künstl. Dünger**
Verina-Verkaufskontor
Breslau 6, Berliner Str. 59

Arbeitshofen

für alle Berufe (Nag u. Schnitt)
Krywalski, Schmiedemstr., 2936 Molttestr. 12.

Kleine Anzeigen

findet komprom. gelesene einseitige Anzeigen von Verlobten, Brautgehehen o. a. m. von Privat. Wort 3 Pfennige. — 1 Pf. 4 Pfennige.

Kleine Anzeigen

sind in der **Volkswacht** billig u. erfolgreich

Freitag und Sonnabend

TIETZ

Wir bringen in unseren Abteilungen **STRÜMPFE • HANDSCHUHE • TRIKOTAGEN WOLLWAREN • DAMENPUTZ • HERRENARTIKEL** je 2 Beweise unserer alles überragenden

Herbst-Angebote

Ein Posten Herren-Polohemden für den Herbst, innen geraut, in den Farben beige, blau, grau und blau. 795	Ein Posten moderner, geschmitzter Wollfilzglocken die beliebte, matelot-artige Form, auch in großen Kopfweiten, nur 725	Ein Posten Damen-Strümpfe künstliche Wäsche mit Flor platfart. Was wir Ihnen für diesen Preis bieten, wird Sie überraschen, alle Modifarben, fehlerfrei 710
Ein Posten Herren-Sportmützen moderne fescche Form, neueste Fantasie, Sport- oder Fauschstoffe, mit guter Ausstattung, Serie III 1.45, Serie II 0.95, Serie I 75	Handgehekelte Sportkappen Gaskennützenform aus Wolle, in allen modernen Farben . . . 50	Herren-Socken bester Flor mit Kunstseide, teils durchplattiert, besonders schwere Qualität, in ganz mod. Mustern, etwas Außergewöhnliches 78

Verlangen Sie unverbindlich illustrierten Herbst-Katalog

Herren-Einsatzhemd kräftige, schwere militä-were, mit eleganten, durchwebten Popeline-einsätzen. Sie staunen über den Preis, wenn Sie das Hemd sehen, Gr. 4-6 745	Damen-Handschuhe Wuschleder-imitat., mit moderner Fantasie-Ausstattung, tadellose Paßform, fallen Größen 68	Dam.-Futterschlüpfer besonders feine Kunst-seidendecke mit molligen, nicht zu dickem Futter, in schönen Wäsche-farb., tadellose Verarbeitung, Gr. 42-46 95
Herren-Slipper reine Wolle, kräftig gestrickt, in modernen Sportmelangen, wieder eine echte Tietz-Leistung, alle Größen, kosten nur 765	Damen-Handschuhe Nappa-Leder, kräftige, schmiegsame Qualität, völlig u. richtig geschnitten, mit ganz kleinen Schönheits-gehlern 725	Damen-Sportjacken Ratinfäuscha, wärmend und elegant, besonders modische, fescche Form, in modernen Farben 490

Unsere Qualitäten und solche Preise überzeugen Sie von den gewaltigen Vorteilen, die wir hier bieten. 1000 gleichartige, gleichvorteilhafte Angebote finden Sie Freitag u. Sonnabend bei uns.

Breslauer Nachrichten

Bandenkrieg legt wieder ein

Die braunen Verbrecherkolonnen „arbeiten“ weiter. Gestern nachmittag um 15 Uhr, also am hellen Tage, wurde in der Tschudenstraße, unweit der SS-Kaserne unter Parteilogen...

Nachlich erging es einem ehemaligen Parteigänger der Nazis, der jetzt bei der schwarzen Front mitmacht. Er wurde ebenfalls im hellen Tage in der Gartenstraße, gleich an der Ecke Schweidnitzer Straße von 20 braunen Bestien angefallen...

Kurz vor Mitternacht ging ein Stahlhelmann in die Neuborstraße entlang am Braunen Hause vorbei. Sofort wurde er von mehreren herumlungern den SA-Gestalten angefallen, die ihm das Abzeichen abzuziehen versuchten.

Er ging daraufhin zur Polizei, die in größerer Anzahl ins Braune Haus eindrang, um durch eine Gegenüberstellung die Täter herauszufinden. Der mißhandelte Stahlhelmann konnte allerdings die Banditen, die ihn angefallen hatten, nicht wiedererkennen.

Es geht also wieder ganz lieblich los und man kann gespannt sein, welche Maßnahmen der Polizeipräsident ergreifen wird, um dieser neuen Welle des Naziterrors in irgend einer Form zu begegnen.

Es muß doch sogar der Polizei auffallen, daß nach der Rückkehr des Herrschers Heines von seinem mehrwöchigen Erholungsurlaub der Trübel wieder vollständig in Gang kommt. Vielleicht läßt sich nach dieser Richtung hin auch die Maßnahmen der Polizei erleichtern.

Das augenblitzige Aufwiegen des Bandenkrieges zeit beinahe zu Vergleichen mit den Verbrecherkolonnen amerikanischer Großstädte, die auch organisiert und unter der Leitung irgendwelcher dunkler Gestalten arbeiten.

Der Fall Dieck

Der ungetreue Verwaltungsdirektor des Stadttheaters vor Gericht

Mit den Unterschlagungen beim Breslauer Stadttheater hatte sich am Mittwoch die 8. Strafkammer zu beschäftigen. Der Angeklagte ist der fünf- unddreißig Jahre alte Verwaltungsdirektor Gottfried Dieck, der seit dem Sommer 1930 an unserem Stadttheater als kaufmännischer Direktor tätig war.

Dieck war damals auf Empfehlungen des Intendanten Hortmann, der Dieck von Erfurt her kannte, nach Breslau engagiert worden. Niemand hatte eine Ahnung davon, daß er sich in seiner Geschäftsführung Verfehlungen hatte zuschulden kommen lassen.

Zu der Verhandlung am Mittwoch wurde er aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Wie die Beweisaufnahme ergab, hat er im November 1931 und im Mai 1932 insgesamt 1450 Mark, die ihm für das Stadttheater und die Philharmonie übergeben wurden, unterschlagen.

Dieck ist bekanntlich noch in ein zweites Verfahren verwickelt, wo er mit dem Kohlenhändler Kurländer nicht genehmigte Geschäfte gemacht haben soll, wodurch das Stadttheater eine Mehrausgabe von 17 000 Mark gehabt haben soll.

Dieck ist bekanntlich noch in ein zweites Verfahren verwickelt, wo er mit dem Kohlenhändler Kurländer nicht genehmigte Geschäfte gemacht haben soll, wodurch das Stadttheater eine Mehrausgabe von 17 000 Mark gehabt haben soll.

Massenaufmarsch der Rentner

Wichtige Kundgebung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden

Noch trennen uns vier Wochen von der neuen Entscheidung des Volkes, die die gegenwärtige Regierung durch die Auflösung des Reichstages erzwungen hat. Aber schon formieren sich die Reihen der Eisernen Front aufs neue.

Ueber tausend Veteranen der Arbeit, Männer und Frauen, denen ein arbeitsreiches Leben keine Merkmale aufgezwungen hat, waren dem Rufe ihrer Organisation gefolgt, weil sie wissen, was ihnen gerade in der gegenwärtigen Notzeit ihr Verband bedeutet.

Sehr treffend beleuchtete der Redner sodann das Geschick der Nazis, die jetzt gegen die „Leuten“ wehren, obgleich ihnen die jetzt so verhaßte Regierung der Barone alle gegebene Versprechungen eingelöst hat.

Die Stahlhelmer plaudern jetzt aus, daß die Nazis bei dem Postenschacher verlangt hätten, drei Tage lang hätten Polizei und Reichswehr von den Straßen zu verschwinden, damit die SA aufräumen kann.

Genosse Karsten beklagte sich sodann mit den politischen Ereignissen und kennzeichnete das aufgelöste Parlament, das durch die eigenartige Entscheidung des Volkes über eine gegen die Demokratie gerichtete Mehrheit verfiel.

Auch mit den Kommunisten hielt Genosse Karsten gründliche Abrechnung, denn alles, was sie bisher taten, war Dienst für die heute herrschende Reaktion. Sie wütelten gegen die Eisernen Front, die im letzten Wahlkampf ihre ganze Schlagkraft lediglich gegen den Faschismus richtete.

Abschließend ging Genosse Karsten auf die Renten- und Wirtschaftspolitik der Regierung Papen ein. Durch die riesige Arbeitslosigkeit sind 6 Millionen Menschen als Beitragszahler aus der Sozialversicherung ausgeschaltet.

Einfall an Einnahmen. Die Regierung will aber die Sozialversicherung nicht in der gleichen Weise finanziell unterstützen und lancieren, wie sie es mit den Banken und anderen kapitalistischen Einrichtungen getan hat.

Zahrelang haben die Kommunisten geschrien, es werde nichts geschaffen. Der Aufbau der Renten von 13 auf 27 Mark, der einzig ein Erfolg der Sozialdemokratie war, wurde als lächerliche Bagatelle abgetan.

Warum schrien sie jetzt? Nach ihrer Meinung ist doch in den Nachkriegsjahren nichts geschaffen worden. Mit ihrer jetzigen Taktik geben sie nur zu, daß doch etwas aufgebaut worden ist, was jetzt durch die Spaltung der Arbeiterschaft wieder vor die Hunde geht.

Warum schrien sie jetzt? Nach ihrer Meinung ist doch in den Nachkriegsjahren nichts geschaffen worden. Mit ihrer jetzigen Taktik geben sie nur zu, daß doch etwas aufgebaut worden ist, was jetzt durch die Spaltung der Arbeiterschaft wieder vor die Hunde geht.

In der für den 5. Oktober in Breslau im großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufenen öffentlichen Kundgebung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands wurde zu dem traurigen Los Millionen deutscher Sozialrentner Stellung genommen.

Um zu verhindern, daß auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung weitere unangünstige Maßnahmen erfolgen, unterstützen die Versammelten die Forderungen des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands und fordern alle Arbeitsopfer zum Beitritt in die Organisation auf.

Die Fernverkehrsstraßen in Schlesien. Die Linienführung durch Breslau. Der Polizeipräsident schreibt uns zu der Linienführung der Fernverkehrsstraßen durch Breslau:

In den letzten Wochen sind die Fernverkehrsstraßen 5, 6 und 116 beschilddert worden. Der Straßenzug Nr. 5 führt von der Reichsgrenze bei Tondern über Frankfurt-Oder, Neumarkt-Breslau-Opeln bis an die Reichsgrenze bei Neutheben.

Die bei uns traditionell gewordenen Morgen- (Sonntags-) feiern finden im kommenden Winterhalbjahr trotz der Kämpfe der Mittelschicht der meisten unserer Freunde ihren Fortsetzung, um uns wieder einmal einige Stunden über den Alltag zu erheben und zu erbauen.

Feuer in der Monhauptstraße. Heute morgen gegen 16 Uhr erfolgte ein Alarm der Feuerwehr nach Monhauptstraße 3. In dem Bodenraum des Grundstücks war Feuer ausgebrochen.

Appell an die Mitglieder der Eisernen Front! Montag, 20 Uhr. Gewerkschaftshaus, Großer Saal. Paul Löbe spricht!

Wahlkampf beginnt!

Appell an die Mitglieder der Eisernen Front! Montag, 20 Uhr. Gewerkschaftshaus, Großer Saal. Paul Löbe spricht!

In die Parteigenossenschaft!

Den Kampf um die Freiheit, den Kampf um das Brot, den Kampf gegen den Kapitalismus und seine Mittel aus allen Lagern der Reaktion haben wir mit einer beispiellosen Hingabe geführt.

Trotz der Not, die die Bayern-Regierung durch Kürzungen der Löhne und Unterstützungen ungeheuer vermehrt hat, trotz der riesigen Arbeitslosigkeit müssen wir die Mittel für den Wahlkampf beschaffen.

Jeder muß helfen, die Schlacht zu gewinnen! Jeder muß bereit sein, Opfer zu tragen!

Der Parteivorstand und der Parteiausshuß haben beschlossen:

1. Für den Monat Oktober wird ein doppelter Monatsbeitrag als Wahlpflichtbeitrag von jedem Parteimitglied erhoben.
2. Der Parteitag in Leipzig hat beschlossen, daß von den sozial bessergestellten Parteimitgliedern entsprechend ihrem Einkommen neben dem üblichen Mitgliederbeitrag monatlich ein Zuschlagsbeitrag zugunsten der Bezirkskasse nach einer besonderen Staffelmessung zu erheben sei. Die Sonderbeiträge der bessergestellten werden im Monat Oktober gleichfalls in doppelter Höhe erhoben.

Ohne Opfer kein Kampf, ohne Kampf keinen Sieg!

Die Partei erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut. Freiheit! Der Bezirksvorstand.

Müßelhafter Leichenfund

Gestern vormittag wurde auf dem Grundstück Karpfengrund 45 in einem Verbindungsgang, der zu einem unbenuzten Abort führt, auf einer Matratze liegend und mit Decken zugedeckt, das Skelett einer Frau gefunden. Die Leiche muß bereits jahrelang an dem Ort gelegen haben. Man vermutet, daß ein Verbrechen vorliegt, das im Zusammenhang steht mit dem am Sonntag erfolgten Verschwinden eines Kalfaktors aus Görlitz.

Im Zusammenhang mit dem Leichenfund im Karpfengrund konnte gestern nachmittag der seit Sonntag verschwundene Angestellte Hempel festgenommen werden. Ob die Verhaftung aufrechterhalten bleibt und ob ein Verbrechen vorliegt, bei dem H. als Täter in Frage kommt, steht noch nicht fest. Das Skelett kammt, nach ärztlichen Feststellungen, von einer älteren weiblichen Person. Im gleichen Raum fand man eine Postkarte mit der Anschrift einer Frau Haake. Ihre genauen Personalien lauten: Hedwig Haake, geb. Lewin, geschiedene Ehefrau eines Arbeiters, geboren am 9. April 1881 in Deutsch-Welle, Kreis Reife. Die Ermittlungen über den Verbleib der Frau Haake sind von der Polizei sofort aufgenommen worden.

Der verhaftete Kalfaktor Hempel von der hiesigen Naturalverpflegungskasse wurde nach gefestigt am Abend verhört. Er hat eingestanden, daß es sich bei der Toten um die gelichete Frau Hedwig Haake handele, die schwindsüchtig gewesen und bei ihm gestorben sei. Hempel hat ferner zugegeben, daß er seit Jahren Unterschlagungen begangen habe. Die Vernehmung mußte bald abgebrochen werden, da sich der 73 Jahre alte Hempel den damit verbundenen Anstrengungen nicht gewachsen fühlte.

Gegen die Kultur-Reaktion im Juni

Auf der Bezirks-Konferenz für Nord-Schlesien der SPD. in Sagan am Sonntag, den 2. Oktober, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

In die Schlesiische Funktion in Breslau!

Heute — am 2. Oktober 1932 — tagen in Sagan die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften, der Arbeitersportverbände und des Reichsbanners von Nord-Nieder-Schlesien. Sie vertreten Tausende von Rundfunkhörern dieses Bezirks. Diese Rundfunkhörer verfolgen mit dem schärfsten Mißtrauen den Einzug des Kulturrückfalls in die Schlesiische Funktion seit einigen Monaten. Sie sehen, daß die Schlesiische Funktion aus einem Bildungsinstrument für die gesamte schlesiische Bevölkerung zu einem Propagandamittel für einzelne politische Parteien geworden ist. Sie sehen in dieser einseitig politischen Einstellung der Funktion eine schwere Gefahr für die von der Reichsleitung betonte Leberparteilichkeit, für Sinn und Zweck des ganzen Rundfunks. Sie protestieren daher mit aller Schärfe gegen diese Entwicklung der Schlesiischen Funktion und erwarten, daß diese Vergewaltigung des Rundfunks und seiner Hörer allerhöchstens befristet wird. Sollte diesem ernsthaften Protest nicht entsprochen werden, so behalten sie sich energigehige aktive Maßnahmen gegen die Schlesiische Funktion vor.

Bunzlau. Tödlisch überfahren. Auf der Bunzlauer Chaussee zwischen Bolkshain und Thomasmalbau stürzte der aus Aslau stammende Fleischer Reichstein mit seinem Kade. Noch ehe er sich wieder erheben konnte, kam aus Richtung Bunzlau ein Dieblicher Auto und fuhr über den Gestürzten hinweg. Dieser erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Kreis Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Die Schuld an dem Unglück soll den Überfahrenen selbst treffen, da er mit einem unbefugneten Kade fuhr.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 17-17a
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr

- Herrmannsdorf. Donnerstag, den 6. Oktober, 20 Uhr, bei Gasde, Eisener-Front-Kundgebung. Redner: Genosse Schiffer.
- Ottawitz. Freitag, den 7. Oktober, 20 Uhr, bei Grieger, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.
- Koberswitz. Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, bei Stehr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.
- Oppraw. Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, bei Kowitzki, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Rektor Gabriel.
- Kaath. Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, bei Seibel, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Frick.
- Schottwitz. Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, bei Freicha, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Franckel. Reichsbannermitglieder nehmen an der Versammlung teil.
- Straschwitz. Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, bei Barisch, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Stalz.
- Leipz. Petersdorf. Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, bei Trexler, Mitgliederversammlung. Redner: Gen. Rektor Gabriel.
- Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Nord-Öst: Reichsbanner. Am Sonnabend, dem 8. Oktober, findet im Lokal Laugwitz in Reichsbanner eine öffentliche Versammlung, 20 Uhr, statt. Genosse Bad. W. Lippmann spricht über das Thema: „Drittes Reich oder Schwindel“. Sorgt für guten Besuch.

Die Bügel schleifen

Zur Schlichterkonferenz

Am Mittwoch fand im Reichsarbeitsministerium die Haupttagung der Schlichterkonferenz statt, die der Reichsarbeitsminister zur Beratung über die Auswirkungen der Lohnnotverordnung einberufen hatte. Die Schlichter berichteten, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, dem Minister über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung so wird in der offiziellen Verlautbarung betont, sei, das die Stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens von der Öffentlichkeit übertrieben würden, keinen Anlaß böten, an der Verordnung oder an den Beschlüssen, die bisher den Schlichtern erteilt worden seien, etwas zu ändern. Da steht auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden sei, werde von den Schlichtern mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit gerechnet.

So vertrauensselig, wie die Schlichterkonferenz der Öffentlichkeit vom Reichsarbeitsministerium geschildert wird, ist die Öffentlichkeit nicht.

Ja, die Öffentlichkeit glaubt nicht einmal, daß die Schlichterkonferenz wirklich so vertrauensselig war, wie sie in der amtlichen Verlautbarung erscheint. Zahlreiche Neueinstellungen werden erwartet? In einem Augenblick, wo irrationale Wirtschaftspolitik drauf und dran ist, den Rest des deutschen Exports völlig zu vernichten, wo das Ausland mit schärfster Repressalien auf die deutsche Kontingentspolitik antwortet? Die Gewerkschaften brauchen der Regierung ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm wirklich nicht vorzuschlagen. Sie schlägt es mit ihrer Wirtschaftspolitik und mit ihrer Lohnnotverordnung selber tot.

Die Schlichterkonferenz hätte dem Reichsarbeitsministerium eine Forderung stellen müssen, mit den Gewerkschaften wieder in Fühlung zu kommen. Statt dessen wird erklärt, es bestehe kein Anlaß, an der Verordnung etwas zu ändern.

Neues Mißtrauen wird gesät und das Zwielicht bleibt, indem, wie die demokratische Presse betont, alle sozialpolitischen Absichten und alle sozialpolitischen Einzelanordnungen der Regierung — keineswegs ohne ihre eigene Schuld — stehen. Dieses Zwielicht gestaltet den Scharfmacher, die Öffentlichkeit immer von neuem mit wilden Behauptungen gegen die Arbeiter zu alarmieren. Ihre Presse rief schon vor dem Zusammentritt der Schlichterkonferenz nach einem Streikverbot und nach einer Attäde gegen die Gewerkschaften, jetzt schreit sie von neuem nach Gewaltmaßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterbewegung. Der Widerstand der Arbeiter gegen Vergewaltigungsversuche in der Lohnregelung hat die Scharfmacher wütend gemacht. „Der Feind steht links!“ so heult die deutschnationalsozialistische „Berliner Morgenzeitung“. Sie freilich, die Linke werde immer kühner und unerschämter. Um so mehr sei es Aufgabe nicht nur der Regierung, sondern auch der nationalen Bewegung, diesem gefährlichen Uebermut baldmöglichst einen kräftigen Dämpfer aufzusetzen. Die sich selbst zerfleischende nationale Rechte vergesse, daß der gemeinsame Feind auf der Linken noch keineswegs tot, sondern im Gegenteil wieder äußerst aktiv ist. Auch der von der Regierung gegenwärtig so stark betonte Wille zur Leberparteilichkeit dürfe nicht dazu führen, daß der Marxismus nun etwa mit gleichem Maß gemessen wird, wie die Teile der nationalen Bewegung, die zur Regierung in Opposition stehen. Der Marxismus könne nicht gestont, er müsse vernichtet werden, und an dieser Notwendigkeit habe die Leberparteilichkeit einer nationalen Regierung aufzuhören.

Diese Vernichtung des Marxismus soll in erster Linie durch die Zerstörung des Existenzbasis der Gewerkschaften herbeigeführt werden.

Darüber hat der Führer der sächsischen Industriellen Herr Wittke, wie die neue „Holzarbeiterzeitung“ mitteilt, im Zusammenhang mit einer Besprechung der Lohnabbauregierung der Reichsregierung allerhand ausgesprochen. Herr Wittke schreibt (in Nr. 38/1932 der „Sächsischen Industrie“):

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften unterstellt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also mit gekürzten Löhnen, arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“

Man fordert also, daß den Gewerkschaften gesetzlich verboten wird, Mitgliederbeiträge zu erheben, damit die Löhne noch mehr gesenkt werden können. Das sind keineswegs Singspiele ganz wild gemordener Scharfmacher. Ein Monatsgehalt von 90 Mark nach zehn Jahren Berufstätigkeit für einen Angestellten — das ist so ungefähr die Basis, auf der die Unternehmer, die nicht gleich den Tarifvertrag zum alten Eisen werfen, künftige Tarifverträge abschließen wollen.

Der Übermut der Scharfmacher ist schon so toll geworden, daß durchaus ernste Leute der Meinung sind, das Reichsarbeitsministerium müsse zwangskauflich schon deswegen wieder zur Verbindlichkeitsklärung kommen, weil das Pendel so weit nach rechts geschlagen sei, daß selbst ein Arbeitsministerium eines Kabinetts der Barone sich eines Tages noch auf die Seite der Arbeiter stellen müsse, wenn es nicht ein Verbrechen an Deutschland begehen wolle. Das wird nun allerdings nicht gut möglich sein. Das Kabinett wird eben scheitern, weil es nicht die Kraft hatte, rechtzeitig gegen seine Auftraggeber aufzutreten, wo die Vernunft das gebot.

Buchbinderansperrung in Leipzig

Der Verein Leipziger Buchbindermeister hat anlässlich des Streits bei der Großbuchbinderei Stele & Co. die Verhängung der Ansperrung über die Leipziger Buchbinder in vollem Umfang beschlossen. Darüber hinaus hat er beantragt, die gesamte Ansperrung für das Reich zu verhängen.

Hyänen

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Wo ein Kas ist, da jammeln sich die Geier. So wählen auch im kranken Volk Körper menschliche Hyänen, die Armen ausbeuten.

Unendlich traurig ist das Los der Arbeitslosen. Der Angestellte insbesondere, wenn er längere Zeit arbeitslos bleibt, muß damit rechnen, daß er überhaupt nie wieder in sein Berufsleben zurückkommt.

Um im Berufs zu bleiben oder wenigstens eine verwandte Tätigkeit auszuüben und nachweisen zu können, greift der Angestellte zu jedem zulässigen Mittel. Vom offenen Reklamation bis zum ungeschicklichen Stellenwerber, alle rechnen sie mit dieser Tatsache. Die Möglichkeit, große Opfer

in Form von Kauttionen zu bringen, besteht bei der Notlage der Arbeitslosen zwar nur selten, einige Mark für Muster, Material und wie die Vorwände alle heißen, werden aber doch noch abgehungert. Die gewissenlosen Burden liefern meistens für die eingesandten Beträge entweder nur Prospekte und Werbematerial, alles für den Bewerber wertlos oder Waren, die für den Empfänger unabschätzbar sind. In jedem Falle ist der eingesandte Betrag verloren. Selbst wenn in dem einen oder anderen Fall einmal einem ehrlichen Interessenten Unrecht getan werden sollte, muß als Grundlag gelten:

Wer einem stellungslosen Angestellten Geld abverlangt, statt ihm für seine Arbeit Verdienst zu gewähren, hat fast immer betrügerische Absichten. Vorsicht also, doppelte Vorsicht, gegen alle Angebote von Bezugslisten, Adressenverzeichnissen und ähnlichem Schwundel.

Bei dieser Gelegenheit ein ernstes Wort an Tageszeitungen und Zeitschriften. Sind nicht viele Anzeigen so durchsichtig, daß ohne nähere Prüfung der Schwundel zu erkennen ist? Obsteht der Inseratenredakteur nicht die Pflicht genauer Prüfung, bevor solche Inserate aufgenommen werden? Die Vorstellungen der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwundelfirmen haben bei der Presse leider nur teilweise Beachtung gefunden. Glauben manche Zeitungen wirklich, ihre Einnahmen aus solchen Inseraten über das Interesse ihrer Leserschaft stellen zu können?

Der Hamburger Verlehrsstreik ist zu Ende

Die Lohnkommission hat, nachdem vom Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ausgesprochen worden war, einstimmig die Beendigung des Streiks beschlossen. Die Arbeitsaufnahme ist am Mittwoch allgemein erfolgt. Kommunistische Versuche, die Arbeitsaufnahme zu verhindern, hatten keinen Erfolg. Die Streiktage gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden sind reiflos wieder eingestellt worden.

Streik in der Warschauer städtischen Gasanstalt

Warschau, 5. Oktober (Eigener Drahtbericht).

Die Angestellten und Arbeiter der Warschauer städtischen Gasanstalt sind Mittwoch früh in den Streik getreten. Der Magistrat hatte versucht, die Gehälter und Löhne um rund 30 Prozent zu senken. Die Gasanstalt wurde sofort nach der Proklamierung des Streiks von technischen Militärabteilungen besetzt, so daß ihr Betrieb nicht unterbrochen wurde. Die Verhandlungen zwischen Magistrat und Arbeitern sind bisher ergebnislos verlaufen.

Der Außenhandel der Sowjet-Union in den 7 Monaten 1932

Der Außenhandel der Sowjet-Union stand in der Zeit Januar bis einschließlich Juli d. J. unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise. Während im Monatsdurchschnitt für 1929 der Außenhandel ein geringes aktives Saldo zeigte, steigerte sich die Passivität von Jahr zu Jahr und erreichte im Durchschnitt der ersten sieben Monate dieses Jahres 20,2 Millionen Rubel. Bedeutend zurückgegangen ist u. a. der Export von Getreide, und zwar von rund 1.669.000 To. in der Zeit Januar bis Juli 1931 auf 753.000 To. in der gleichen Zeit 1932. Besonders stark hat in diesem Jahre die Weizenexport nachgelassen. Sie ist von rund 801.000 To. im vergangenen Jahre auf 90.000 To. im Januar bis einschließlich Juli dieses Jahres gesunken. Dementsprechend ist auch der Erlös für den Getreideverkauf von rund 33 Millionen Rubel in der Zeit Januar bis einschließlich Juli 1931 auf rund 24 Millionen Rubel in der gleichen Zeit dieses Jahres zurückgegangen. Die Ausfuhr von Holzmaterialien aller Art zeigt mengenmäßig einen kleinen Rückgang von rund 2,8 Millionen To. auf rund 2,5 Millionen To. Dagegen ist aber der Erlös von dieser ungefähr gleich großen Menge sehr viel geringer, nämlich 37,6 Millionen Rubel statt 56 Millionen Rubel im Januar-Juli 1931. Dasselbe Entwicklung, nur noch ausgeprägter, zeigt die Ausfuhr von Erdöl-Erzeugnissen. Mengenmäßig ist eine erhebliche Steigerung von rund 2,9 Mill. Tonnen auf 3,4 Millionen To. erfolgt, während der Wert von rund 68,6 Millionen Rubel auf rund 60 Millionen Rubel gesunken ist. Insgesamt betrug die Ausfuhr in den ersten sieben Monaten verhältnismäßig nur 311 Millionen Rubel gegen 431 Mill. Rubel in der gleichen Zeit von 1931 und die Einfuhr 452,7 Mill. gegen 598,9 Mill. Rubel in den ersten sieben Monaten 1931.

Im auswärtigen Handel der Sowjet-Union stand Deutschland, was den Import aus Deutschland anbelangt, mit 208,9 Mill. Rubel bei weitem an erster Stelle. Der Export nach Deutschland erreichte dagegen nur 59,8 Millionen Rubel. Bedeutend höher war der russische Export nach England, dessen Wert 72,4 Mill. Rubel betrug. („Wenschajna Torgowja“, Juli 1932.)

Im Tarifstreit des Hamburger Verlehrsgebietes hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu Nachverhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitstreit, der eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorseht, auf Montag in das Reichsarbeitsministerium geladen.



Todesurteil und - Haftentlassung

Der größte Ausgang der Berliner Sondergerichtsverhandlung

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wagner beantragte im Sondergerichts-Totschlagsprozess Lalm und Genossen gegen den Hauptangeklagten Calm wegen Mordführerschaft beim Landfriedensbruch 10 Jahre Zuchthaus; gegen die Angeklagten Chalm und Tobeck wegen schweren Landfriedensbruchs je 5 Jahre Zuchthaus; gegen Zweig und Sterdt wegen einfachen Landfriedensbruchs je 2 Jahre Zuchthaus; Seine, Kolsche, Waier und Krüger sollten freigesprochen werden.

Anschließend beantragte der Vertreter der Nebenkläger, Nationalwalt Uhlrand, gegen die Angeklagten Chalm und Seine wegen politischen Totschlags die Todesstrafe; gegen Chalm 15 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten 10 Jahre Zuchthaus.

Daraufhin erklärte der Vorsitzende: „Die Angeklagten werden aus der Haft entlassen, da dringender Tatverdacht nicht mehr vorliegt.“

Es dürfte in der deutschen Rechtsgeschichte kaum jemals ein Prozess geführt worden sein, dessen Anklage so schlecht vorbereitet worden war wie diese. Es dürfte aber auch niemals eine Verhandlung durchgeführt worden sein, die so grotesk endete, wie die hier: der Vertreter der Nebenkläger verlangte, daß zwei Kopie rollen und sich hinter sieben Angeklagten die Zuchthausstürken auf lange Jahre schließen — und das Gericht erläßt die Anklagen aus der Haft. Das Gericht hat durch seinen Reichthum zu erkennen gegeben, daß es dem Anwalt des Nationalwaltes keinesfalls stattgeben will. Es hat aber auch weiterhin erkennen lassen, daß es die Prestigenpolitik des Staatsanwalts, dessen Kladder offenbar eine Rettung der Methode Sondergericht darstellen sollte, nicht mitmachen will.

Die Sache hätte auch anders enden können — mit Zuchthausurteilen wie im Falle Schmide, wie im Falle Rotke; auch die Angeklagten hätten sich, wie erinnerlich ist, vor der Berliner Sonderkammer des Herrn Landgerichtsrat Tolk zu verantworten. Daß nun der Königsstrassen-Prozess allem Anschein nach einen ganz anderen Ausgang nimmt (mit Gefängnisstrafen wegen Raubhandels muß man immer noch rechnen!), liegt nicht nur daran, daß die politische Ermittlung mit unerhörter Einseitigkeit ange stellt, die Anklage mit ziemlicher Leichtfertigkeit erhoben war. Der voraussichtliche günstige Ausgang des Prozesses ist vor allem auch damit zu erklären, daß die Richter mittlerweile ihre Ansicht über die „Friedfertigkeit“ der SA unter dem Zwang der Zeugenausagen ändern mußten.

Während der Königsstrassen-Verhandlung wurde einmal von der Verteidigung der bekannte Rufus des Berliner Staatsanwalts Reichert von Steinäcker siliert, in dem dieser unterschiedliche Behandlung von kommunistischen und nationalsozialistischen Angeklagten fordert. Es war weiterhin die Rede von Ausführungen des Berliner Staatsanwalts Mittelbach, der den gleichen politischen Standpunkt vertritt, weil die Nationalsozialisten staatsbejahend und die Kommunisten staatsverneinend wären. Das Königsstrassen-Gericht hat sich nun ein besonderes Bild von dieser Art „Staatsbejahung“ der Nazis machen können: die SA bejagt den Staat durch Mord und Totschlag, Lüge und Verdrehung. Gewiß hat im Falle Königsstrasse der Staatsanwalt den Verzeihungsversuch gemacht, die Vorgänge am Abend des 29. August so zu rekonstruieren, daß die Schuld der Angeklagten offenbar wird. Wie die Dinge lagen und wie ferner die Gutachten des Schlichterperständigen klangen, blieb ihm aber doch nichts anderes übrig, als sich im wesentlichen auf die Aussagen der Nazizeugen zu verlassen.

Das Gericht hat nun zu erkennen gegeben, daß es von diesen Edelmannern der Nation nicht allzu viel zu halten scheint. Das Gericht hat seine Meinung geändert. Dieser in jeder Beziehung groteske Verlauf des Königsstrassen-Prozesses sollte daher Veranlassung geben, auch die früheren — zum Teil also unter anderen psychologischen Voraussetzungen zustande gekommenen — Sondergerichtsurteile einer Nachprüfung zu unterziehen. Der „Methode Sondergericht“ aber sollte nunmehr endgültig das Todesurteil gesprochen sein. Es ist eine Methode des Unrechts.

Urteil gegen Polizei-Verleumder

Der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte geführte Beleidigungsprozess des Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß gegen die Berliner Naziredakteure Krause und Lippert endete mit der Verurteilung der Angeklagten. Naziredakteur Krause wurde wegen übler Nachrede und Beleidigung zu fünf Monaten Gefängnis, Redakteur Lippert zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Weiß und Nebenkläger Polizeipräsident Gersjinski erhielten außerdem fünfjährige Publikationsbefugnis (u. a. im „Angriff“) zugesprochen.

Der Staatsanwalt, dessen Darlegungen das Gericht in seiner Urteilsbegründung im wesentlichen folgte, hatte gegen Krause die verhängte Strafe, gegen Dr. Lippert eine Geldbuße von 1500 Mark gefordert. Oberstaatsanwalt Burhardi hatte ausgeführt, daß der Inhalt der dem Prozeß zugrunde liegenden beleidigenden Zeitungsartikel in keiner Weise gerechtfertigt sei: Dr. Weiß habe in allen dienstlichen Angelegenheiten korrekt gehandelt; insbesondere sei es falsch, ihm bewußt verächtliche Behandlung einzelner Spielclubs vorzuwerfen; vollkommen unbewiesen und ungerechtfertigt sei auch der gegen Dr. Weiß erhobene Vorwurf der Korruption. Auch kein anderer Beamter des Polizeipräsidiums habe sich im Zusammenhang mit der Spielklubaffäre irgendeine strafbare Verletzung seiner Amtspflichten zu schulden kommen lassen.

Dr. Weiß führte in seinem leidenschaftlich vorgebrachten Schlusswort aus, daß er 52 Jahre lang einen guten Namen getragen habe, bis „diese beiden Bünlinge“ ihn „durch den Kot geküßt“ hätten: „Ich bitte mir zu glauben, daß ich mich von jeder persönlichen Rachsucht gegenüber diesen Herren frei fühle. Warum ich Strafantrag gestellt habe, das war einzig und allein: ich wollte in voller Gerichtsöffentlichkeit diese Vorwürfe geklärt haben, die von jenen beiden Herren in ihrer Zeitung vorgebracht worden sind. Und ich wollte durch den Spruch unbefangener deutscher Richter das Gut wieder haben, das diese beiden Herren mit genommen haben: meine Ehre.“

Bei seinen Leuten

Im Berliner Caro-Beispiel-Prozess sollen jetzt die Sachverständigen zu Wort kommen. Sie werden darüber ausfragen, ob die Photographie der unkritischen Mitwirkerschaft über 400.000 Mark echt ist oder nicht. Ignaz Petzschel, der die Quittung unterschrieb oder unterschreiben haben soll, sagt, daß es sich bei der Photographie um eine Fälschung handele. Die u. a. von Professor Alsbeyr verzeigte Caro-Seite will die Schlichterperstände beweisen. Es wird hart gerungen werden — aber nicht um die 400.000 Mark, sondern um die Feststellung, ob Scheinwert Caro einen Reinerlös geleistet hat.

Vor dem Berliner Arbeitsgericht tritt sich der bekannte Großhändler Louis Adlon mit seinem Sohn Karl herum.

Karl Adlon war als Empfangschef des seinem Vater gehörenden Continental-Hotels plötzlich abgebaut worden — vermutlich, weil er eine Deutsch-Amerikanerin geheiratet hat, die dem Vater nicht gefiel. Der Sohn protestierte; darauf forderte ihn Louis Adlon auch noch auf, seine Dienstwohnung zum 30. September zu räumen. Karl Adlon weigerte sich, weil er die Wohnung „nicht als Angestellter, sondern als Sohn“ bewohnt. Vor Gericht einigte man sich nun: Karl Adlon zieht aus, aber bekommt eine Abfindung.

Karl Strecker begnadigt

Der vom Schwurgericht Potsdam wegen Versicherungs-Fraudulenz zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte Schriftsteller Karl Strecker wurde auf Grund eines Gnabengeluches des „Verbandes deutscher Erzähler“ und der Spruchinstanz selbst zu einem Jahr Gefängnis begnadigt. In den Gnabengeluchen wurde auf die bis zur Begehung der Straftat makelloxe Persönlichkeit des Verurteilten hingewiesen.

Einbruch beim Musikerverbände

Die Täter bei der Arbeit überrascht. In der Nacht zum Mittwoch drangen in Berlin Eindrehler in die Geschäftsräume des Musikerverbandes ein. Die Verbrecher versuchten mit einem Sauerstoffgebläse den Selbstschranz des Verbandes aufzuklopfen. Ein Wächter, der den Vorgang beobachtete, alarmierte das Ueberfallkommando, dessen Ankunft jedoch von einem vor dem Hause postierten Schutzeisener rechtzeitig angelündigt wurde. Unter Zurücklassung ihrer Werkzeuge flüchteten die Banditen auf das Dach des Hauses und versuchten zu entfliehen. Die Beamten nahmen sofort die Verfolgung auf, leuchteten mit Scheinwerfern die Dächer des Häuserblocks ab und sperren mehrere Straßenzüge. Die Absperrung wurde den Banditen zum Verhängnis: als zwei von ihnen von einem Hause der Grenadierstraße aus auf die Straße zu gelangen suchten, ließen sie mehreren Polizeibeamten direkt in die Arme. Es kam zu einem schweren Kampf. Mit Brechstangen schlugen die Banditen auf die Polizisten ein. Schließlich gelang es aber doch, die Täter zu überwältigen und auf das Polizeipräsidium zu transportieren. Sie heißen Gerlach und Franke und sind beide vorbestraft. Ihre Komplizen, die entkamen, behaupten sie nicht zu kennen.

SA. wirbt für die Wahl

25 Mitglieder des Berliner SA-Sturms 14 drangen mit Nachschlüssel in eine Charlottenburger Wohnung ein und schlugen hier den 18-jährigen Sohn Hans Heinz des verstorbenen Generalmajors von Bellmond mit Bierflaschen nieder. Leute, die dem Opfer der Nazis zu Hilfe kommen wollten, wurden mit Revolvern bedroht. Der junge von Bellmond erlitt erhebliche Verletzungen.

Allem Anschein nach liegt ein Nachcast vor. Hans Heinz von Bellmond gehörte drei Monate lang dem „SA. 14“ an. In dieser Zeit lernte er seine Kameraden zur Genüge kennen. Vor dem Augenblick an, als er sich gegen die Terrormethoden der Nationalsozialisten gewandt und als der Bewegung unwürdig erklärt hatte, richtete sich der ganze Haß der Horde gegen ihn. Vor wenigen Tagen trat er aus der SA. aus. Deshalb schlug man ihn nieder, deshalb mißhandelte man ihn. Er ist noch immer nicht vernunftfähig.

Auto 500 Meter abgestürzt

In den italienischen Bergen stürzte ein Kraftwagen mit sieben Insassen in der Dunkelheit bei einer schmalen Kurve in einen 500 Meter tiefen Abgrund. Drei Personen wurden getötet, vier Passagiere wurden auf die Böschung geschleudert und erlitten nur leichtere Verwundungen.

Schießereien eines tschechoslowakischen Offiziers mit Zivilpersonen

Gestern um 2 Uhr früh geriet in Tschechien ein Offizier Zdenek Riva, als er in Begleitung einer Dame ein Gasthaus verließ, mit mehreren Zivilpersonen in tödliche Auseinandersetzungen. Er gab aus seinem Revolver mehrere Schüsse gegen die Zivilpersonen ab, von denen der Arbeitslose Anton Brand von zwei Lungenschüssen und der Fleischergehilfe Andreas Havel von einem Bauchschuß getroffen wurde.

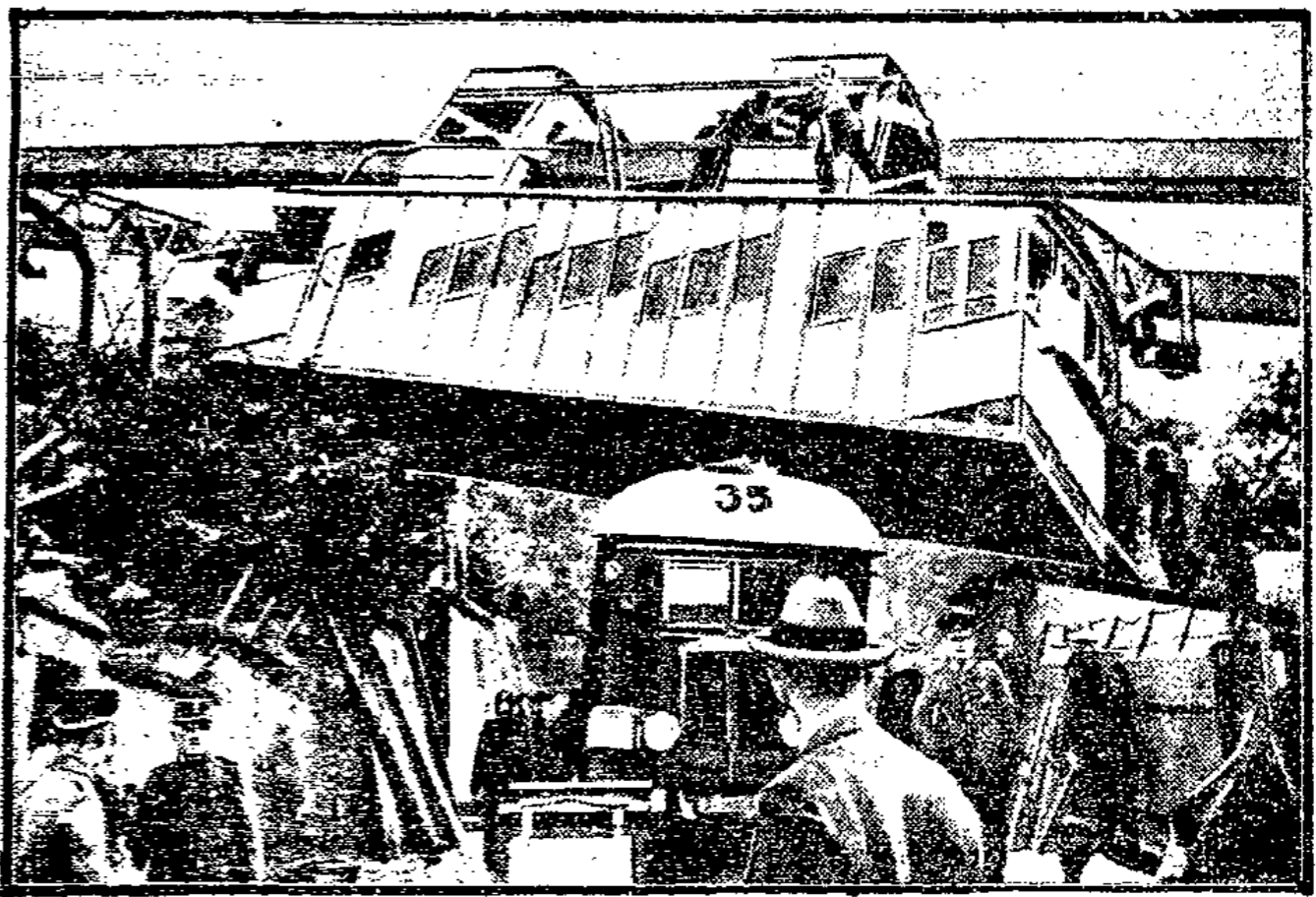
Zusammenstoß in Polen

In der Nähe von Stanislaus in Südpolen ist gestern infolge fahrer Weichenstellung ein Personenzug in einen lebenden Güterzug hineingefahren. 24 Personen wurden leicht verletzt.

Charlie Chaplin an Fleischvergiftung erkrankt

Nach einer New Yorker Meldung ist Charlie Chaplin erkrankt, angeblich an einer Fleischvergiftung.

Der allermodernste Verkehrsunfall



An der einzigen Straßentkreuzung der Loschwitzer Schwebebahn in Dresden stieß die Bahn mit einem zu hohen Möbelwagen zusammen. Das Dach des Wagens wurde zerrümmert,

während die Bahn sich aus ihrer Führungsleitung hob. Erst nachdem man das Dach des Möbelwagens abgerissen hatte, konnte die Bahn freikommen und ihren Betrieb wieder aufnehmen.

König Dickerle und sein Göhnchen

Von G. Th. Hofman



„Was!“ rief er, rot vor Aufregung. „du willst mir all diese Lügen aufbinden, dumme Junge? Bist du ein Wasserfall und nicht wieder zum Versteck kommen, erirritiert. Und das Göhnchen von König Dickerle ist ertrunken. Du bist ein Betrüger. Mach, mach, daß du zur Tür herauskommst!“ Holberdibolder kürzte Bierewitt die Treppe herunter und kam außer Atem bei der Schwalbe an. „Der Kerl will mir nicht glauben!“ jammerte er. „Komm so vorant“, sagte die Schwalbe. „Wir werden zusammen zu ihm gehen.“



Die Schwalbe flog über den Balkon herein und Bierewitt stieg wieder die Treppe herauf. „Der Junge ist ein Betrüger.“ sagte der Doktor. „Und ich glaube ihm.“ erwiderte die Schwalbe. „Was!“ rief der Doktor, „wirst du es besser wissen als ich? Hast du mir dafür den Bart so lang wachsen lassen? Er ist ein Betrüger, das stelle ich wissenschaftlich fest. Weist du das besser?“ „Ich weiß nichts.“ sagte die Schwalbe. „aber ich glaube ihm.“